

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 46.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 10. bis 16. November 1911.

Posen, den 21. November 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 255 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 8. November 1911:**Aus dem Wahlkreise Lissa-Fraustadt.**

Das Zentralswahlkomitee hat in seinem neulich veröffentlichten Aufruf dazu aufgefordert, beim ersten Wahlgange in allen Wahlkreisen polnische Kandidaten aufzustellen, was dem § 10 Abs. 1 des Statuts dieses Komitees entspricht. Indes möchten manche Faktoren im Wahlkreise Lissa-Fraustadt haben, daß man ihnen ermögliche, von vornherein den Zentrumskandidaten zu unterstützen, und zwar hauptsächlich deswegen, weil dieser Kandidat Graf Oppersdorff ist.

Wir lassen zunächst die formell-organisatorische Seite außer acht. Selbst unabhängig davon, daß der Aufruf des Zentralswahlkomitees bereits erschienen ist, können wir uns absolut nicht für den Verzicht auf die eigene Kandidatur erklären. Zweifellos ist Graf Oppersdorff der polnischen Volksgemeinschaft politisch sympathisch. Das kann ohne Vorbehalt zugegeben werden. Zweifellos wird Graf Oppersdorff auch für den Fall, daß die Polen ihn im ersten Wahlgange nicht unterstützen, überhaupt nicht in die Stichwahl kommen. Die Stichwahl spielt sich zwischen dem Kandidaten des deutschnationalen Blocks und dem Polen ab, und jener wird dann siegen, sofern er nicht von vornherein bei der Hauptwahl mit der Unterstützung eines Teils der Deutschkatholiken siegt. So war es beim letzten Male im Jahre 1907: polnische Stimmen gab es 3345, Zentrumsstimmen 1981, sozialistische 550, während der Nationalliberale die absolute Mehrheit, nämlich 6162 Stimmen erhielt, darunter einige hundert deutschkatholische. Die Sache sähe im Wahlkreise anders aus, wenn die Zentrumswahlbehörden unter den Deutschkatholiken allgemein Gehör fänden und wenn sie nicht mit der durch die Staatskatholiken hervorgerufenen, dem polnischen Element feindlichen Stimmung rechnen müßten. Indes haben sich die Verhältnisse wie folgt gestaltet:

In früheren Jahren siegte der Pole S. v. Chlapowski ein einziges mal im Jahre 1881, und zwar bei der Stichwahl. Bis dahin und später bis zum Jahre 1893 haben die Zentrumsleute gar keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Erst im Jahre 1893 stellten sie einen solchen auf. Er erhielt 1507 Stimmen, die bei der Stichwahl für den polnischen Kandidaten S. Chlapowski abgegeben wurden. Der Pole siegte

danke diesem Umstände mit 5285 Stimmen über den Regierungsparteiler, welcher 5176 Stimmen erhielt.

Im Jahre 1898 schlossen die Polen mit dem Zentrum ein Kompromiß dahin, daß einmal ein Zentrumsmann, einmal ein Pole der gemeinsame Kandidat sein sollte. Die Polen stimmten im Jahre 1898 diszipliniert für den Zentrumsmann Pfarrer Dr. Tasch sowohl in der Haupt-, als auch in der Stichwahl, in welcher Pfarrer Tasch den Regierungsparteiler, welcher 5167 Stimmen erhielt, mit 5986 Stimmen schlug.

Im Jahre 1903 brachen die Zentrumsleute die Verabredung. Sie stimmten für ihren Pfarrer Tasch, bei der Stichwahl aber hat fast die Hälfte der Zentrumsleute den Regierungsparteiler Schmidt unterstützt, der 6699 Stimmen erhielt, während auf den polnischen Kandidaten nur 4924 Stimmen fielen. Wären wenigstens bei der Stichwahl alle Zentrumsstimmen auf den Polen gefallen, dann hätte dieser 5900, der Regierungsparteiler nicht ganz 5000 Stimmen erhalten.

Im Jahre 1907 haben, wie bereits erwähnt, mehrere Hunderte von einstigen Zentrumsleuten von vorn herein für den nationalliberalen deutschen Blockkandidaten gestimmt, der infolgedessen gleich im ersten Wahlgange siegte.

Gegenwärtig denken die Zentrumsleute gar nicht an ein auf Gegenseitigkeit beruhendes Bündnis. Sie möchten geradezu, daß die Polen auf die eigene Kandidatur verzichteten und gleich im ersten Wahlgange den Grafen Oppersdorff durchbrächten, ohne dafür irgendwelche Wahlbürgschaften zu gewinnen. Übrigens würden wir, um die Wahrheit zu sagen, heut keinen Versprechungen und Verpflichtungen der Zentrumsleute mehr glauben, nachdem sie im Jahre 1903 die Verabredung nicht gehalten haben. Wir würden auch nicht daran glauben, daß die Deutschkatholiken den Zentrumsbehörden Gehör schenken werden. Aus den Jahren 1903 und 1907 haben wir Erfahrungen zur Genüge.

Stellen wir übrigens die Zahlen zusammen: Im Jahre 1905 zählte man nach der Statistik der Kath. Rundschau in den Kreisen Lissa und Fraustadt zusammen 92 998 Katholiken, darunter 18 960 Deutsche, somit ansehnlich weniger als die Hälfte. Dazu steht ein bedeutender Teil der Deutschkatholiken gar nicht mehr auf dem Boden des Zentrums. Das beweist die Tatsache, daß beim letzten Male nur 1981 Zentrumsstimmen abgegeben wurden gegenüber 3345 polnischen Stimmen. Angesichts eines solchen Stärfeverhältnisses und angesichts der in den Jahren 1903 und 1907

gemachten Erfahrungen würde es ein sonderbares Zeugnis für unser politisches Verständnis bedeuten, wollten wir unsere Stimmen dem Zentrum geradezu schenken wollten.

Dazu kommt die Gefahr der Germanisierung durch die Kirche und durch das Zusammenleben unseres Volkes mit den Deutschkatholiken. Von dieser Gefahr schreiben wir oft; neuerdings taten wir es auf Grund der Statistik der Rath. Rundschau, die so traurige Reflexionen in uns weckt. Es gilt, gerade die Wahlzeit auszunützen, um im Volke das Gefühl der nationalen Selbständigkeit und Absonderung zu vertiefen. Das ist besonders wichtig in den Grenzgebieten, hundertmal wichtiger als der Umstand, ob das Mandat ein Freisinniger (diesmal wird ein solcher kandidieren) oder ein Zentrumsmann gewinnen wird, und sei es auch ein so sympathischer Kandidat, wie Graf Oppersdorff.

In unserer nationalen Politik muß das tatsächliche nationale Interesse entscheiden, nicht dürfen das persönliche Gefühle, persönliche Sympathien.

Und jetzt zur formalen, organisatorischen Seite! Selbst wenn vom Wahlkreise Lissa-Fraustadt aus an das Zentralwahlkomitee appelliert würde, damit es für den Wahlkreis eine Ausnahme vom Grundsatz mache und in diesem Punkte von dem Inhalt seines Aufrufs abweiche, so bezweifeln wir, daß ein solcher Appell irgendwelche Glückschancen haben würde. Nach § 10 Absatz 1 des Statuts kann das Zentralwahlkomitee nur dann bestimmen, daß im ersten Wahlgange für einen fremden Kandidaten gestimmt werden soll, wenn alle Komiteemitglieder ohne Ausnahme sich dafür aussprechen. Dazu wird es gegenwärtig auf keinen Fall kommen.

Aus Nr. 256 des Dziennik Poznanski (Posen)
vom 9. November 1911:

Die Kandidatur des Grafen Oppersdorff.

In dem jetzt durch den Nationalliberalen (?) Rolle vertretenen Reichstagswahlkreise Lissa-Fraustadt kandidiert von Zentrumsseite Graf Oppersdorff. Die Lage in diesem Wahlkreise ist so beschaffen, daß von der Wahl eines polnischen Kandidaten unter den jetzigen Verhältnissen nicht die Rede sein kann, der Zentrumskandidat aber könnte einzig dann in die Stichwahl gelangen, wenn die Polen ihm im ersten Wahlgange die Stimme gäben. Formell steht dem die Satzung des Zentralwahlkomitees entgegen, welche vorschreibt, daß die Polen im ersten Wahlgange für einen polnischen Kandidaten zu stimmen haben. Es sind aber Ausnahmen vorgesehen; namentlich kann das Zentralwahlkomitee in einzelnen Fällen von dem obigen Grundsatz abweichen und den Wählern empfehlen, für den Kandidaten der oder jener deutschen Partei zu stimmen. Ein solcher Fall ist vor nicht langer Zeit im Wahlkreise Meseritz vorgekommen, wo bei den letzten Reichstagsergänzungswahlen die Polen für den Zentrumskandidaten gestimmt haben. Unseres Erachtens würde es sich empfehlen, auch im Wahlkreise Lissa-Fraustadt von dem Grundsatz der unbedingten Wahl eines polnischen Kandidaten beim ersten Wahlgange abzuweichen. Aussichten auf Sieg haben wir in diesem Wahlkreise keine; es kann einzig der Hakatist oder der Zentrumsmann in Rechnung kommen, dabei ein Zentrumsmann, der Dank seiner Rechlichkeit und seinem Gerechtigkeitsgefühl sich der allgemeinen Sympathien unsrer Volksgemeinschaft erfreut. Wir meinen, daß in diesem Falle das Bedürfnis nach Zählung unsrer Kräfte hinter den praktischen Nutzen zurücktreten mußte, den der Sturz des hakatistischen

Kandidaten und der Umstand bilden würde, daß wir einem Abgeordneten zum Siege verhelfen, der niemals gegen unsre nationalen Rechte und Interessen aufgetreten ist. Besonders bei den bevorstehenden Wahlen, die wahrscheinlich über die ganze Gestaltung der inneren, vor allem der Wirtschafts-Politik Deutschlands entscheiden werden, besitzt dieser Grund eine sehr gewichtige Bedeutung; denn bei einschneidenden Beschlüssen wird zweifellos eine schon unbedeutende Stimmenzahl entscheidend sein.

Nach unseren Informationen hat sich auf den Standpunkt, den wir in dieser Sache einnehmen, auch unser Lissaer Kreiskomitee gestellt, welches sich dafür erklärt haben soll, gleich im ersten Wahlgange für den Grafen Oppersdorff zu stimmen. Eine andere Anschauung scheint jedoch im Zentralkomitee obzuwalten. Möglich, daß das Komitee zu dieser Haltung das in letzter Zeit zweifelloso Sichverschärfen der Verhältnisse zwischen uns und dem Zentrum, besonders in Schlesien und Westpreußen bewogen hat. In diesen Teilgebieten sucht das Zentrum wirklich kein Verständnis mit uns, sondern es tritt im Gegenteil feindlich gegen uns auf. Neuerdings hat sich auch die erzkatistische „Tägliche Rundschau“ mit der Anregung an das Zentrum gewendet, alle Beziehungen zu den Polen abubrechen, denn nur in diesem Falle könne es bei den bevorstehenden Wahlen auf den Beistand der deutschen „Patrioten“ rechnen. Die allgemeine Lage vor der Wahl scheint sich so zu gestalten, daß in vielen Fällen diese Anregung ihr Ziel nicht verfehlen wird, daß namentlich in Schlesien das Zentrum und die Hakatisten gemeinsam gegen unsern Kandidaten kämpfen werden.

Alles das ist wahr. Andererseits ist jedoch die Behauptung nicht in jeder Hinsicht gerechtfertigt, daß wir, wenn wir im Wahlkreise Lissa-Fraustadt für den Zentrumskandidaten stimmen, dem Grundsatz „do ut des“ entsagen. Es ist doch zu erwägen, daß in zwei unsicheren Wahlkreisen im Großherzogtum Posen, in Samter-Obornik-Schwerin und Schubin-Wirzig-Znin die Stimmen der Deutschkatholiken stark ins Gewicht fallen können.

Wir wissen nicht, welche Entscheidung im entscheidenden Moment in dieser Sache unser Zentralwahlkomitee treffen wird. Wir geben auch zu, daß seine Lage nicht leicht ist. Unseres Erachtens jedoch (das übrigens breite Kreise des hiesigen Bürgertums teilen) empfiehlt es sich in diesem Falle, wo eine unsrer ganzen Volksgemeinschaft so sympathische Kandidatur in Frage kommt, wo es sich ferner darum handelt, den Hakatisten nicht Sieger werden zu lassen, von dem Grundsatz, welcher erheischt, beim ersten Wahlgange unbedingt für den Polen zu stimmen, abzuweichen.

Aus Nr. 261 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 15. November 1911:

Nach der Gnesener Wählerversammlung.

Der Ausgangspunkt der demokratisch-konservativen Verständigung im Großherzogtum war das Einverständnis mit dem Kandidieren der Abgeordneten, welche weiter kandidieren wollen und können, mit alleiniger Ausnahme des bisherigen Rujawischen Abgeordneten, den sich weder die Wähler des Wahlkreises wünschen, noch die Volksgemeinschaft überhaupt.

Von dieser Voraussetzung ging die Stellungnahme in Sachen des Wahlkreises Gnesen-Witkowo-Wongrowitz aus. Der Abgeordnete Grabski gehört weder zur entschiedenen Linken, noch zur entschiedenen Rechten. Die Beibehaltung dieser Kandidatur ist somit mit

keinerlei Parteirücksichten zu erklären, im Gegenteil, es verlautete unmittelbar aus dem Wahlkreise und mittelbar aus den Spalten der Presse, daß scharfe Reibungen im Anzuge seien, denn einerseits agitierte im Kreise Gnesen zu seinen eigenen Gunsten energisch Herr Rasprowiez, andererseits erkläre sich das Agrarierum der Kreise Witkowo und vor allem Wągrowitz entschieden für die Kandidatur des Abgeordneten v. Jantaszynski. Später informierte man uns dahin, der Abgeordnete Grabski, der ursprünglich nicht mehr zu kandidieren beabsichtigte, sei gleichwohl bereit, weiter zu kandidieren, und seine Kandidatur könne die Situation im Wahlkreise im friedlichen Sinne beeinflussen. Angesichts dessen haben die an der demokratisch-konservativen Verständigung arbeitenden Faktoren sich naturgemäß für die Kandidatur Grabski erklärt.

Diesen Standpunkt nahm auch die Mehrheit der Mitglieder des Komitees für den Kreis Gnesen ein. Dem hat sich jedoch die Mehrheit der Wähler in der Hauptversammlung für den Stadtbezirk Gnesen widersetzt. Von einer der Hauptursachen des Falls der Komiteeliste schrieben wir bereits gestern. Wir haben die zugunsten der Kandidatur Rasprowiez organisierte Agitation im Sinne. Heute wollen wir noch von den gegen den Abgeordneten Grabski erhobenen Vorwürfen sprechen.

Daß der Abgeordnete Grabski keine Fühlung mit den Wählern hat und an den sozialen Arbeiten keinen größeren Anteil nimmt, das kann man leider nicht bestreiten. Die Unparteilichkeit gebietet uns, das festzustellen. Die übrigen Vorwürfe richteten sich dagegen, daß der Abgeordnete Grabski angeblich oder tatsächlich mit der Losung „Landsmann zum Landsmann“ nicht rechne.

Manche der Vorwürfe sind von vornherein zurückgewiesen worden, so z. B. der, daß der Abgeordnete Grabski auf seinem Gute einen deutschen Inspektor beschäftigt habe. Wie im Lichte der Wahrheit die Anschuldigungen betreffend das angebliche Kaufen verschiedener größerer Objekte bei Fremden aussehen, das wissen wir nicht. Wir hoffen, daß daran soviel Wahres ist, wie an dem Gerücht von dem deutschen Inspektor. Umso mehr müßte diese Sache aufgeklärt werden, wenn nicht in der Presse, so vielleicht gelegentlich der folgenden Hauptwählerversammlung im Kreise Gnesen. Das dortige Komitee ist dabei doppelt interessiert.

Wir wissen wohl, daß die öffentliche Meinung breiterer Schichten der Volksgemeinschaft im Punkte der Losung „Der Landsmann zum Landsmann“ sehr empfindlich ist, — und das ist gut! Übrigens ist diese Empfindlichkeit um so begründeter, als gegen diese Losung unausgesetzt kraß gefehlt wird. Scheuen sich doch hervorragende Persönlichkeiten, die an der Spitze großer Organisationen stehen, nicht, am hellen Tage in deutsche Geschäfte hineinzugehen. Solche und ähnliche Dinge reizen die öffentliche Meinung. Darum wäre die Beseitigung der einschlägigen Zweifel der Gnesener Wähler bezüglich des Abg. Grabski sehr erwünscht, abgesehen von der Form, in welcher diese Vorwürfe in Gnesen erhoben wurden und abgesehen von dem ganzen stürmischen Charakter der dortigen Versammlung. Jeder wird uns zugeben, daß jede politische Argumentation aufhört, wenn die Vorwürfe dieses Gebiet betreten, und daß denen, welche die Wahlen unter dem Zeichen irgend eines breiteren politischen Gedankens durchführen möchten, die Hände geradezu gebunden sind.

Obige Auslassungen wurden von ganz sachlichen Rücksichten diktiert, was beide Seiten wohl zugeben werden.

Aus Nr. 263 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 15. November 1911:

Briefe von Freunden.

Aus Hohensalza erhielten wir aus den Kreisen der dortigen Volksparteiler Briefe über die künftigen Wahlen. Der Korrespondent bekämpft die in Kujavien vorgeschobene Kandidatur des Rechtsanwalts Trompczynski. Wir bringen diesen Abschnitt nicht, weil uns die Kandidatur des Herrn Trompczynski in gewisser Hinsicht sympathisch ist. Nunmehr tritt der Schreiber gegen die ewige Unterdrückung der unabhängigen öffentlichen Meinung in Kujavien auf und schreibt weiter:

„Man riet uns angeblich im Namen der „nationalen Solidarität“ und in Wirklichkeit im Interesse der verrosteten konservativen Reaktion, den Dziembowski zu wählen, und das fügsame Volk gehorchte. Doch heute haben sich die Zeiten geändert. Und obwohl ihr, ihr Herren, das Wahlregulativ besitzt, um dem Volke damit den Mund zu verstopfen, so wird das Volk der Syrenenstimme der geborenen und nicht geborenen Herren trotzdem nicht folgen. Auch wir haben ein Organ, das unsere Interessen gut fühlt und repräsentiert, und dieses Organ ist unser echt volksparteilicher Dziennik Bydgoski, welcher sich durch einen wahrhaftigen Demokratismus auszeichnet und seinen Lesern nicht Sand in die Augen streut, wie es andere sogenannte „Volks“zeitungen tun.“

Ich habe gerade den Dziennik Bydgoski zur Hand und lese den glänzenden Artikel über die kaufmännische Kandidatur. Ausgezeichnet! Wir haben in der Fraktion dieser angeblichen Demokraten genug. Möchten wir doch den Mut besitzen, in die Fraktion auch „Nichtgeborene“, aber dafür in Handel, Gewerbe und Kleinwirtschaft verdiente Leute zu wählen.

Die polnische Fraktion in Berlin müßte, soll sie wirklich die Repräsentation der ganzen polnischen Gesamtheit im preußischen Anteil sein, sich aus Vertretern aller Schichten unserer Nation zusammensetzen.

Trotz aller Anstrengungen hat unsere Gesamtheit noch nicht die Merkmale der Westvölker angenommen; bei uns geht noch alles den ausgetretenen Weg der adligen Traditionen. Der reich gewordene Kaufmann, Handwerker oder Bauer wartet am liebsten auf den Augenblick, in welchem er „Herr“ werden und, seine Abstammung und seinen Beruf verleugnend, sich unter die „Geborenen“ mischen und, wenn auch ungeschickt, sich auf dem Parkett bewegen könnte. Daher auch stellen unser Handel und unsere Industrie etwas Mittelmäßiges vor, weil wir immer von vorne anfangen müssen. Wir haben keine geborenen Kaufleute und Industriellen, welche stolz wären auf ihre Abstammung und ihren Beruf, sondern nur solche aus Notwendigkeit und Muß, weil das preussische System sie zu anderen Berufen nicht hinzugelassen hat.

Einen anderen Weg ging Herr Rasprowiez aus Gnesen. Seine Firma ist heute weltbekannt; sie gibt der uns so notwendigen intelligenten Jugend das Brot. Wir müssen Beispiele haben, und solche Männer wie Herr Rasprowiez aus Gnesen müssen vorgeschoben werden, damit die Stände, aus welchen er hervorgegangen ist, gehoben werden könnten. Dann werden sowohl Kaufleute als auch Industrielle sich ihres Berufes nicht mehr schämen; sie müssen notwendigerweise den Faktoren, die bisher die Gesamtheit regierten, das Gleichgewicht halten. Anders werden wir immer hinter den Deutschen herschreiten und uns schämen müssen, daß unsere Gesamtheit so wie noch vor 100 Jahren nur die zwei oberen Schichten, d. h. die Schlachta und die Geistlichkeit, repräsentieren. Von einer

solchen Repräsentation befreien sich sogar asiatische Völker, wie viel mehr müßten wir, wir Polen, dies als ein Kulturvolk tun!?

Bei uns findet sich gegen die moderne Auffassung der Sache immer eine fertige Phrase — das Fehlen der Qualifikation. Jene „Qualifikation“ können bei uns nach der Meinung der Konservativen und angeblicher Demokraten nur „akademisch gebildete“ Leute besitzen. Welch niedrige soziale Auffassung gegenüber der der deutschen Parteien! Fast die ganze deutsche sozialdemokratische Partei im Reichstage setzt sich aus akademisch nicht gebildeten Leuten zusammen, und wie sehen ihnen gegenüber unsere „akademisch gebildeten“ Abgeordneten, welche ewig schweigen, aus? Wir hatten „Akademiker“, welche durch ihren Bankrott und ihre Verschacherei unsere ganze Nation mit Schande bedeckten; nehmen wir jetzt an ihre Stelle tüchtige Nowicki's, Kasprowiez' usw., und unsere Sache wird andere Bahnen einschlagen. Wir wollen keine theoretischen Demokraten, sondern Leute, die durch die Praxis ihres Lebens und ihrer Häuslichkeit ihr Demokratentum bestätigen. Wer seine demokratischen Gefühle Standesvorurteilen nicht opfern will, der ist kein wahrhaftiger Demokrat.“

Aus Nr. 261 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 12. November 1911:

Eine kaufmännische Kandidatur.

Vor einigen Tagen machte der „Dziennik Poznański“ die sehr richtige Bemerkung, daß unsere Vertretung in Berlin allzu einseitig ist. Unter unseren Abgeordneten haben wir Großgrundbesitzer, Geistliche, Redakteure, einen Vertreter der Arbeiter und damit Schluß. Unser Kaufmannsstand, unsere Industrie und unser Kleingrundbesitz haben niemanden in Berlin, der ihre Rechte verteidigen könnte. Jeder muß zugeben, daß es sehr erwünscht wäre, wenn alle Stände der Volksgesamtheit ihre Vertreter in der polnischen Fraktion haben würden, denn nur dann würde diese die ganze Volksgesamtheit repräsentieren.

Allerdings repräsentiert die polnische Fraktion in Berlin grundsätzlich immer die ganze Volksgesamtheit, aber jeder wird es verstehen, daß sie nur schwer unsere gesamten Interessen verteidigen kann, wenn in ihr nicht Leute sitzen, die diese Interessen kennen. Es ist klar, daß die Abgeordneten aus den Kreisen der Landwirte, Geistlichen und Journalisten wohl die nationalen Rechte vortrefflich verteidigen können, daß sie aber in ihrer überwiegenden Mehrheit die Bedürfnisse des Handwerkerstandes, der Kaufleute und der Kleingrundbesitzer nicht genau kennen. Verständnis für diese Bedürfnisse kann nur ein Mensch haben, der das in Frage kommende wirtschaftliche Gebiet praktisch kennen gelernt und in ihm sozusagen groß geworden ist.

Wir haben Leute, die da glauben, auf allen Gebieten beschlagen zu sein, alles zu können und alles zu wissen. Sie verstehen ebenso über die Medizin, Theologie und Philosophie zu sprechen, wie über das Anfertigen von Stiefeln, das Pflanzen von Kartoffeln und die Destillation von alkoholischen Getränken. Sie sind sehr beleidigt, wenn sie jemand darauf aufmerksam macht, daß das nur oberflächliche Kenntnisse sind. Der beste Beweis dafür ist der, daß sie nach dem alten Sprichwort zehn Berufe verstehen und es ihnen im ersten, d. h. im eigenen, schlecht geht. Wir brauchen Leute, die vor allen Dingen im eigenen Berufe

gezeigt haben, daß sie etwas verstehen und daß sie es zu etwas gebracht haben. Nur solche Leute können ihren Stand gehörig vertreten und seine Interessen verteidigen, denn sie haben den Beweis dafür geliefert, daß sie ihn kennen. Solche Leute braucht die polnische Fraktion, damit sie sie gründlich informieren und gegebenenfalls im Reichstage selbst das Wort ergreifen.

Wir werden heute nicht über die Vertreter des Kleingrundbesitzes und des Handwerks schreiben. Wir erwähnen nur, daß unser Kaufmannsstand, der in unserer sozialen Wirtschaft eine immer wichtigere Rolle spielt, bis jetzt eine Vertretung in der polnischen Fraktion nicht besitzt. Deshalb verlangt der Posener Kupiec, das Organ unserer selbständigen Kaufleute, mit Recht, daß die Volksgesamtheit an die Entsendung eines Abgeordneten aus kaufmännischen Kreisen denken soll. Als sehr geeigneten Kandidaten empfahl der Kupiec Herrn B. Kasprowiez aus Gnesen.

Merkwürdiger Weise bekämpfen gerade die völkischen Zeitungen diese Kandidatur sehr energisch, trotzdem sie sich mit Kandidaturen einverstanden erklärt haben, die sich in keiner Hinsicht mit dieser vergleichen können. Wir haben niemals Herrn Kasprowiez gelobt, haben seine Verdienste auch nicht aufgezählt, denn Herr Kasprowiez braucht dies nicht und wünscht es auch nicht. Gegenüber den Stimmen, die laut geworden sind, müssen wir indessen bemerken, daß Herr Kasprowiez sich verdient gemacht hat und zwar in sehr hohem Maße. Wer sich durch eigene schwere Arbeit ein solches Vermögen erworben hat wie Herr Kasprowiez, wer einen Zweig unserer Industrie fremden Händen entrisen hat und trotz alledem auf dem Posten steht, der verdient — unter unsern Verhältnissen — allgemeine Achtung. Man sagt allerdings, daß der erworbene Wohlstand, mag er noch so groß sein, Privatsache ist. Dem ist aber nicht so. Bei uns, wo die ganze Politik der preussischen Regierung unsere Verarmung erstrebt, bereichert das Vermögen einer einzelnen Person das Vermögen der ganzen Volksgesamtheit. Natürlich nur in solchen Fällen, in denen diese Person ein lebendes Mitglied der Nation ist; und ein solches ist Herr Kasprowiez.

Es geschieht bei uns leider sehr häufig, daß Leute, die Vermögen haben, ihr Unternehmen auflösen oder verkaufen, auf großstädtischem Pflaster die Zinsen verzehren und in nationaler Hinsicht verfaulen. Andere kaufen Güter, weil sie große Herren sein wollen und werden bankrott oder zum Verschacherer. Eine rühmliche Ausnahme bildet Herr Kasprowiez und Gott gebe, daß es mehr solcher Leute geben würde.

Außerdem gibt es keine nationale Institution, die Herr Kasprowiez nicht unterstützt hätte. Daß er dies im Stillen getan hat und noch tut, ist nicht zu tadeln, sondern zu loben. Und die Fähigkeiten zum Abgeordneten besitzt Herr Kasprowiez vielleicht in höherem Maße als mancher von jenen, die schon längst Abgeordnete sind.

Wir verstehen deshalb absolut nicht, weshalb manche Zeitungen die Kandidatur des Herrn Kasprowiez bekämpfen. Wir halten dies für eine unverdiente und kränkende Sache. Wir sind deshalb der Ansicht, daß, falls die Kandidatur des Herrn Kasprowiez aufgestellt werden wird, die Wähler die Bedeutung eines Kaufmanns vom Renommee des Herrn Kasprowiez für die Volksgesamtheit richtig zu schätzen wissen und seine Kandidatur gern unterstützen werden.

Aus Nr. 263 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 15. November 1911:

Aus dem Bromberger Kreise.

Alle Kreise denken über die künftigen Abgeordneten-kandidaten nach. Nur unser Kreis weiß noch nicht, wen er aufstellen soll. Vielleicht läßt sich die große Gleichgültigkeit dadurch erklären, daß wir in unserem Kreise einen eigenen Kandidaten nicht durchbringen. Doch nicht darum muß es uns gehen, sondern darum, in der Vorwahlperiode möglichst viel zu schaffen. Dieses hängt aber von der Person des Kandidaten ab. Je rühriger und sympathischer der Kandidat, desto mehr kann er durch die Wahlagitatorien wirken und die Gehirne derjenigen, die noch schlafbefangen sind, aufrütteln. Daher auch freute ich mich, als der Dzien. Bydg. mit der Kandidatur des Geistlichen Gryglewicz aus Glesin hervorgetreten ist. Ich denke, daß diese Kandidatur vom nationalen Gesichtspunkte aus die entprechendste wäre.

Die Bemerkungen über die Arbeiterkandidatur lassen wir aus. Wir können auch keine Aufklärung in betreff der Aussichten geben, denn das Wahlkomitee hielt es nicht für angemessen, uns in diesem Maße aufzuklären, wie es andere Komitees tun.

Aus Nr. 261 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 12. November 1911:

Hege der Bromberger Hatzisten.

Die hiesige Ortsgruppe der Hatzisten hielt am Mittwoch im „Richtstanzler“ ihre Versammlung ab. Nach dem Bericht der hiesigen deutschen Blätter war der Verlauf der Versammlung folgender: Der Leiter, Professor Dr. Baumert, legte darauf Nachdruck, daß gegenüber den gegenwärtigen Strömungen (den Hatzisten entgegengekehrt — unter den ehrlichen Deutschen) es die Pflicht eines jeden Deutschen sei, mehr denn je die Zwecke des „Ostmarkenvereins“ zu unterstützen.

Dann hielt der bekannte Pastor Friedland einen Vortrag über die Tätigkeit der polnischen Genossenschaften, worüber die deutschen Zeitungen noch besonders berichten sollen.

Nach dem Vortrag erfolgte die Diskussion über den Antrag des Seminarlehrers Bobke: In welcher Weise könnte der Ostmarkenverein dem großen Fortschritt der Polen in Bromberg am besten dienen? Unter anderem wurde der Gedanke angeregt, die hiesigen, in Polen-händen befindlichen Kaufläden zusammenzustellen. (Manche Polenfirma klinge so, daß man denken würde, der Inhaber sei ein Deutscher.) Auch hat man die Ermahnung wiederholt, daß der Deutsche nur bei Deutschen kaufen sollte.

Zum Schluß drückte Pastor Friedland die Überzeugung aus, daß das Deutschtum schließlich siegen werde, möge nur die Ansiedlungskommission noch mehrere Jahrzehnte ihre segensreiche Tätigkeit entwickeln.

Einen solchen Bericht finden wir in hiesigen deutschen Blättern. Auch die „Ostdeutsche Presse“, welche von Hunderten von Polen in Bromberg gelesen wird, obwohl diese Zeitung immer deutlicher hatzistische Politik treibt, bringt ihn auch. Aus diesem Bericht ersehen wir, daß die antipolnische Hege fast ausschließlich von Beamten, Pastoren, Lehrern usw. veranstaltet wird. Es sind Menschen, die der Staat besoldet, der das Geld auch von polnischen Bürgern erhebt. Ihre Tätigkeit ist also im höchsten Grade unmoralisch, denn statt der Allgemeinheit zu dienen,

hegen sie einen Teil der Bürger gegen den andern auf. Die geplante Herausgabe der Zusammenstellung der polnischen Kaufleute und Industriellen sieht einem Boykott ganz ähnlich. Wir sind neugierig, ob der Staatsanwalt dieser Angelegenheit seine Aufmerksamkeit schenken und bei der Zählung der hegerischen Absichten einen eben solchen Eifer zeigen wird wie bei der Gelegenheit, wenn er bei den Polen bemerkt, daß sie auf die Hatzisten den kleinen Finger krümmen wollen.

Aus Nr. 262 des Lech (Gnesen)
vom 15. November 1911:

Denkmäler preussischer Kultur.

Ein sehr bezeichnendes Denkmal hat sich die preussische Kultur im Dorfe Radlin bei Jarotschin errichtet. Dort hat der Dominiälverwalter Rebe die achtzigjährige Greisin Krolak in einem Stall unterbringen lassen, in welchem sich zwei Tage vorher Schweine befunden haben. Das ist ein gewöhnlicher Schweinestall, ohne Fußboden und Decke, mit einer Tür ohne Türfutter, ohne Schloß, mit einem winzigen Fensterchen, welches dazu zerbrochene Scheiben hat. Von einer Seite grenzt dieser Schweinestall an einen andern Schweinestall, von der andern Seite an den Abort, und den Zutritt zu ihm wehren stinkende Mistlachen und andere Unreinlichkeiten. Im Innern herrschen Gestank und Stieluft, was jedoch zahlreiche Ratten nicht hindert, in dieser Höhle kleine Scharmügel zu veranstalten und der Greisin die Nahrung wegzufressen. Verschiedene Beschwerden und Klagen an den Kommissarius und den Landrat haben bisher keinerlei Erfolg gehabt. Es kamen der Gendarm, der Kommissarius, der Kreissekretär und erklärten, daß Krolak in diesem Stalle nicht weiterhin wohnen könne, doch die Sachlage blieb immer dieselbe, wenigstens bis zum letzten Freitag noch.

Solche Triumphe also feiert die preussische Kultur. Der Verwalter Rebe zeigt sich auch in anderer Hinsicht als ein tüchtiger Kulturträger. Die Leute beschwerten sich, daß er ihnen ohne Grund Lohnabzüge macht, daß sie für einen Spottlohn arbeiten müßten — und daß dabei Schimpfworte wie du „polnisches Schwein“ — auf der Tagesordnung seien.

Macht sich die preussische Kultur wie eine schreckliche Gottesgeißel den Lebenden empfindlich bemerkbar, so umgibt sie wenigstens die Toten mit einer sorgfältigen Pflege. In Radlin existiert seit 30 Jahren ein katholischer Friedhof, dessen Anlage nach Anhörung aller Instanzen das Ministerium genehmigt hat. Erst in letzter Zeit hat die Behörde festgestellt, daß der Friedhof zu naß ist und daß es gegen die Pietät verstößt, wenn man die Verstorbenen in so nasser Erde liegen läßt — daher hat man die Parochie gezwungen, den Friedhof zu drainieren. Es ist sehr schön, wenn die Behörde für die Bequemlichkeit der Verstorbenen sorgt. Um so mehr muß man darüber empört sein, daß sie eine 80 jährige Greisin im Schweinestall wohnen läßt, daß sie Bürgern, welche doch dem Staate Steuern vom Besitz, mit ihrer Gesundheit und sogar mit ihrem Blut zahlen, es nicht erlaubt, ein Dach über dem Haupte zu bauen und sie zwingt, in Zigeunerwagen und verschiedenen Höhlen zu wohnen.

So also sieht der Segen der gepriesenen und zu uns importierten preussischen Kultur aus!

Wir regen diese Angelegenheit öffentlich an, vielleicht wird dann die Behörde es für angebracht finden, sich dieser Sache anzunehmen und der Krolak eine menschenwürdige Wohnung verschaffen.

Aus Nr. 260 des Goniec Wielkopolski
vom 14. November 1911:

Die Zusammenkunft der geistlichen Patrone und Vizepatrone des Verbandes der katho- lischen Vereine polnischer Arbeiter

eröffnete heute, am Montag, den 13. d. Mts., $\frac{1}{2}$ 11 Uhr im Saale des katholischen Vereinshauses der Prälat Stychel. Er begrüßte eingangs den hochwürdigsten Herrn Bischof Lefowski, der, wie in den Vorjahren, auch diesmal trotz seines vorgerückten Alters persönlich erschienen war. Dann bot der Generalsekretär des Verbandes, Domherr Lisiecki, einen allgemeinen Überblick über die allgemeinen Angelegenheiten. Er besprach speziell die Schikanen der Polizei, welche mit allen Kräften die Vereine der katholischen Arbeiter und auch den ganzen Verband als politisch hinzustellen suche. Weiter besprach Redner organisatorische Angelegenheiten, die innere Tätigkeit und die Mängel auf kulturell-aufklärendem Gebiete, die man dem Vorstand schon manchmal vorgeworfen habe, und bemerkt, daß der Verband nur das Wohl der ganzen Volksgemeinschaft im Auge habe. In der Diskussion über dieses Referat nahmen das Wort Prälat Stychel und Pfarrer Donat; sodann verlas Pfarrer Olejniczak, Gostyn, ein ausführliches Referat über das Thema: „Die Arbeit an der Arbeiterjugend“. Er wich oft vom Thema ab, bot jedoch auch einige gute und löbliche Gedanken.

In der Diskussion über dieses Referat nahm auch der Herr Bischof das Wort. Er empfahl, sich speziell mit der Arbeit an der Erziehung und Bildung der Jugend zu befassen, sei es in besonderen Sektionen der Arbeitervereine, oder, falls das in Zukunft unmöglich sein sollte, in besonderen Jugendvereinen. Schließlich drückte der Herr Bischof den Wunsch aus, daß man sich in den Vereinen wie bisher vom Betreiben von Politik fernhalten solle. Einer so aufgefaßten Weiterarbeit des Verbandes erteile er seinen Segen.

Bei Punkt 4 der Tagesordnung wurde die Wahl eines Hauptvorstandsmitgliedes vollzogen. Gewählt wurde einstimmig Defan Mayer aus Jersiz.

Bei der freien Aussprache brachten manche Redner diesen und jenen Wunsch zum Ausdruck. Dann schloß Prälat Stychel, indem er nochmals der Entrüstung über die von der „Katholischen Rundschau“ gegen den Verband gerichteten unwürdigen Angriffe Ausdruck verlieh, und nachdem ihm die Ermächtigung zur Einlegung eines formellen Protestes erteilt worden, die Versammlung um $\frac{1}{2}$ 2 Uhr nachmittags.

Aus Nr. 259 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 10. November 1911:

Die Gleichberechtigung der Katholiken auf dem Gebiete des Schulwesens.

Der Magistrat in W i r s i z sucht für die städtische Mittelschule einen Leiter und einen Lehrer. Interessant ist hierbei die Forderung des Magistrats, daß der Schulleiter durchaus evangelisch sein soll. Der Lehrer kann katholisch sein.

In diesem Verlangen des Magistrats liegt eine durch nichts begründete Bevorzugung der Evangelischen gegenüber den Katholiken. Nach der Volkszählung im Jahr 1905 wohnten in W i r s i z 802 Katholiken und nur 650 Evangelische und 80 Juden. Die absolute Mehrheit hatte also die katholische Bevölkerung. Heute hat sich dies Verhältnis noch mehr zugunsten der katholischen Bevölkerung verändert. Des besseren Verständnisses wegen, welches Unrecht den Katholiken geschieht, heben wir noch den Umstand hervor, daß der Leiter nicht

einmal das Zeugnis gebraucht, daß er die Rektorprüfung bestanden hat; er braucht also keine Zeugnisse, aus welchen sich ergeben könnte, daß er sich zum Leiter einer städtischen Mittelschule eignet. Der Magistrat in W i r s i z maßt sich also das Recht an, einen evangelischen Leiter anzustellen, selbst wenn ein Katholik nachweisen würde, daß er zum Leiter einer städtischen Unterrichtsanstalt mehr geeignet ist. Spielt hier vielleicht die Absicht mit, in der städtischen Mittelschule zu lutheranisieren? Es sieht sehr danach aus!

Aber so beschaffen ist schon im kulturellen Preußen die Gleichberechtigung der Katholiken mit den Evangelischen, daß man gewöhnlich die Katholiken als Bürger zweiter Klasse ansieht.

Aus Nr. 255 des Lech (Gnesen)
vom 7. November 1911:

Die Kirche und die polnische Volks Gesamtheit.

Die polnische Nation ist seit 1000 Jahren eine der treuesten Töchter der Kirche. Die Polen haben Meere von Blut für die Verteidigung des Katholizismus vergossen, sie haben ungeheure Verfolgungen und Martern für den katholischen Glauben erlitten, der ein integraler Bestandteil unserer nationalen Tradition geworden ist. Und dennoch haben die Vertreter dieser Kirche nicht immer in Einklang mit unseren nationalen Interessen gehandelt. Die vatikanische Diplomatie hat es häufig vorgezogen, um die Gunst dieser oder jener staatlichen Macht zu gewinnen, die polnische Nation fallen zu lassen. Noch schlimmer, die polnische Nation hat auch seitens der eigenen Söhne, die in der Kirchenhierarchie auf polnischer Erde eine hohe Stufe erklommen hatten, großes Unrecht erfahren. Alle drei uralten Hauptstädte Polens, Posen, Krakau und Warschau, haben Bischöfe gehabt, deren Verhalten den Interessen der polnischen Nation widersprach. Dem Posener Erzbischof, dem späteren Kardinal Ledochowski, verdanken wir es, daß heute in allen Schulen auf polnischer Erde im preussischen Anteil der Religionsunterricht in deutscher Sprache erteilt wird. Er hat als erster dem Wunsch der Regierung zugestimmt, daß der Religionsunterricht in den oberen Klassen der Gymnasien in deutscher Sprache stattfinden sollte, und er hat der Regierung zu weiteren Änderungen in dieser Hinsicht den Weg gewiesen. Auch in vielen andern Hinsichten hat der Kardinal Ledochowski den Interessen der polnischen Nation zuwidergehandelt.

In Krakau starb in der letzten Zeit der Kardinal Buzyna, dessen Handlungsweise ebenfalls in den weitesten Volksschichten häufig tiefste Entrüstung hervorgerufen hat. Wir erinnern nur an sein Verbot, die sterblichen Überreste unseres Dichters Julius Slowacki in der Wawelgruft zu bestatten, und an seine unpatriotische Haltung in Sachen der Grunwaldfeier.

In Warschau schließlich sitzt auf dem erzbischöflichen Thron der Geistliche Popiel, der ebenfalls die Volks Gesamtheit durch sein unpatriotisches Verhalten häufig verletzt hat. Besonders ein Zugeständnis für die russische Regierung macht sich heute der polnischen Volks Gesamtheit empfindlich bemerkbar. Bekanntlich erlaubte der Zar, nachdem sich die Schüler des Gymnasiums in Siedlec geweigert hatten, das Schulgebet in russischer Sprache herzusagen, mit Rücksicht auf die damals durch den Schulstreik hervorgerufene Erbitterung, daß die polnischen Schüler in der Schule polnisch beten könnten. Da ein Gebet bestimmt werden mußte, wandte sich der Kurator des Warschauer Bezirks an den Erzbischof Popiel mit der Bitte, ihm ein Gebet namhaft zu machen; gleich-

zeitig fragte er an, ob nicht das Gebet bestimmt werden könnte, das sich in dem vom Erzbischof Rozłowski bearbeiteten Handbuch der „Heiligen Geschichte“ befand. Der Kurator sagte, daß dieses Gebet dem Staatssekretär Deljanow aus politischen Gründen besonders gefallen habe, weil in ihm die Person und der Name des Zaren erwähnt würde. Auf dies am 8. Oktober 1897 abgesandte Schreiben antwortete der Erzbischof umgehend und erklärte eifrig seine Zustimmung mit der Einführung des Gebets, das eine politische Bedeutung hatte.

„Eine merkwürdige Übereinstimmung in der Tätigkeit zweier Erzbischöfe“, schreibt im Zusammenhang hiermit das Lemberger Slowo. Der eine, ein Kurzsichtiger, ja fast ein Krüppel, zeigt sich von einer eben solchen ideellen Kurzsichtigkeit, denn er bringt in seinem Handbuch ein Gebet zum Loben des schismatischen Herrschers und Verfolgers der polnischen Nation, der zweite befiehlt, dies Gebet in allen Schulen einzuführen. Interessant aber traurig. Im ganzen russischen Reiche gibt es für keinen Schüler, selbst wenn er Russe ist, in den russischen Gymnasien ein vorgeschriebenes Gebet, in welchem der Monarch erwähnt wird; dies sollen nur die katholischen Polen tun, denn so beliebt es dem Erzbischof Popiel.

Und man könnte annehmen, daß die Antwort auf die Anfrage so einfach gewesen wäre. Gebete vorzuschlagen, welche die polnische Jugend seit Jahren vor und nach dem Unterricht hergesagt hatte, und gerade diesen die kirchliche Approbation zu verleihen. Und dies umso mehr, als sogar Herr Deljanow Zweifel hatte, ob man politische Dinge ins Gebet aufnehmen dürfe. In dem gleichen Schreiben hatte doch der Kurator erwähnt, daß der Staatssekretär der Ansicht sei, die Bestimmung eines Gebets übersteige seine Kompetenzen.

Freudig nahmen die Behörden die Wahl des Erzbischofs auf und begannen seitdem eifrig nachzuforschen, ob die Jugend nicht den Namen des Zaren auslassen würde. Und sie ließ ihn natürlich aus. Sie ließ ihn aus, denn sie war gut, ehrlich, religiös und hatte sich noch nicht daran gewöhnt, daß man religiöse Gebräuche als seelenlose und gefälschte leere Form gebrauchen könnte.

Dieser den jugendlichen Seelen angetane Schaden und dieses Vernichten des Lebens einzelner Personen, die des Gebetes wegen von der Schule fortgejagt wurden, lastet auf dem Gewissen der kirchlichen Behörde.

Aus diesem ergibt sich klar, daß die Volksgesamtheit eifrig darauf achten muß, daß nicht hinter ihrem Rücken die Vertreter der Kirche zu Gunsten dieser oder jener Regierung Zugeständnisse machen, die die Volksgesamtheit schädigen.

Diese Pflicht bezieht sich in erster Linie auf unseren Anteil. Schon heute verwalten in Schlesien und Westpreußen die kirchlichen Ämter Diener der Kirche, die sich vor allen Dingen dazu berufen fühlen, dem System der Germanisierung der Polen Dienste zu leisten. Auch in unseren Posener Diözesen hat leider die PreSSION der Regierung und die Nachgiebigkeit der kirchlichen Behörden bereits große Verheerungen angerichtet. Wenn erst ein uns nach Sprache und Tradition fremder Priester den erzbischöflichen Thron besteigen wird, können auch bei uns leicht Verhältnisse eintreten, wie sie heute in Schlesien und Westpreußen herrschen. Deshalb muß die polnische Volksgesamtheit vor der Gefahr, die ihr von dieser Seite droht, auf der Hut sein.

Aus Nr. 135 der Gazeta Ostrowska (Ostowo)
vom 11. November 1911:

Eine Stimme aus der Stadt in der Angelegenheit des Religionsunterrichts in den Volksschulen.

Geehrte Redaktion!

Der Leitartikel in Nr. 132 Ihres Blattes war sehr zeitgemäß und alle Eltern, welche ihre Kinder in die hiesige Volksschule schicken, müßten Ihnen dankbar sein, daß Sie eine so brennende Frage, die Frage der Behandlung der heiligen Religion in den Volksschulen nämlich, berührt haben.

Die Aufforderung der Schulvorstände, dieser wichtigen Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit zu schenken, ist auch für unseren Schulvorstand sehr notwendig. Angesichts der vielen Änderungen, welche in dem Kollegium der katholischen Schule im laufenden Jahre vorgekommen sind und noch vorkommen, wäre es der Mühe wert, anzufragen, welche Stellung der Schulvorstand bei der letzten Besetzung der Lehrerstellen an unserer Volksschule eingenommen hat. Das Publikum kann über die Tätigkeit unseres Schulvorstandes nichts erfahren. Aus dem Amtsblatt kann man hin und wieder erfahren, wie z. B. der Schulvorstand dem Herrn Rektor eine „Zulage“ in Höhe von 200 Mark — und in letzter Zeit den Schuldienern je 30 Mark Zulage bewilligt hat.

Sollte das denn die wichtigste Tätigkeit des Schulvorstandes sein? Wir wissen es doch, daß in diesem Jahre die Lehrer Herr Uliaszewski und Frä. Elsner pensioniert wurden und Herr Hilbrandt angeblich bald pensioniert wird, weil er schon seit einem Jahre keinen Unterricht mehr erteilt, auch vom Herrn Hahn wird erzählt, daß er sich pensionieren lassen will, weil er krankheits halber vom Juli ab nicht mehr unterrichtet.

Uns ist es auch bekannt, daß sowohl Herr Uliaszewski wie auch Herr Hilbrandt und Herr Hahn den Kindern Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilten. Und wer erteilt jetzt den Kindern den Religionsunterricht nach der Pensionierung dieser Kräfte? Hat der Schulvorstand für Nachfolger, welche die polnische Sprache beherrschen, gesorgt? Sicherlich nicht, denn wie wir erfahren haben, hat man anstelle des pensionierten Herrn Uliaszewski Herrn Molinski, einen mit polnischem Namen wohl, aber die polnische Sprache nicht beherrschenden Lehrer geschickt. Auch Fräulein Michalik, welche die Stelle des Fräulein Elsner übernimmt, soll angeblich die Muttersprache unserer Kinder gar nicht kennen.

Was wird nun mit dem Religionsunterricht auf den unteren Stufen geschehen? Hat der Schulvorstand schon irgendwelche Schritte unternommen, um das zu retten, was uns die Regierung noch gelassen hat, d. h. den polnischen Religionsunterricht in den niederen Klassen?

Unsere Kinder erzählen uns, daß vier Klassen der Schule in der Moltkestraße schon seit undenklichen Zeiten keinen Religionsunterricht mehr erhalten. Sollte dies dem Schulvorstand unbekannt sein? Hat der Schulvorstand in dieser Angelegenheit noch nichts getan und gedenkt er nichts zu tun?

Was haben denn da die Schulkinder, die Opfer unserer Zeitungen, die Strafen der polnischen Familien und die Tränen unserer Kinder genügt, wenn es heute keinen Menschen mehr gibt, der das sowieso schon gütige Recht der Erteilung des Religionsunterrichts in der Muttersprache in den niederen Klassen unserer

Volksschule verteidigen würde! Was für eine Generation wird aus diesen Kindern ohne Religion heranwachsen? Man hat Angst darüber nachzudenken, wenn man sieht, wie unsere Jugend immer mehr verwildert und sich aus Gott und Menschen nichts mehr macht!

Eine große Verantwortung übernehmen diejenigen, welche dazu berufen sind, unsere Rechte zu verteidigen und dieses nicht tun.

Dzirowo.

Ein Vater.

Anmerkung der Redaktion: Wir bringen den Artikel ohne Änderungen mit Rücksicht auf die Bedeutung der angeschnittenen Frage. Unsererseits fügen wir hinzu, daß die Regierung die Selbständigkeit der Schulvorstände oft bis zu dem Grade paralyisiert, daß diese auch beim besten Willen gar nichts oder nur sehr wenig tun können. Auf jeden Fall ist es aber die heiligste Pflicht der Schulvorstände, alle Kräfte anzuspannen, um in unseren Volksschulen den Religionsunterricht in der polnischen Muttersprache wieder einzuführen.

Aus Nr. 258 des Lech (Gnesen)
vom 10. November 1911:

Aus den Volksbibliotheksvereinen.

Die Aufklärungsarbeit in unserem Kreise liegt fast völlig brach. Im ganzen Kreise bestehen nur sechs Bibliotheken des Volksbibliothekenvereins. Um diesem Mangel abzuweichen, organisierte sich bereits im Sommer ein Kreiskomitee, das sich mit der Organisation der Volksbibliotheken im Kreise Gnesen befaßte. Um die Bewohner mit den Zielen und Aufgaben des Volksbibliothekswesens bekannt zu machen, wird das Komitee in der nächsten Zeit im ganzen Kreise eine Reihe von Versammlungen veranstalten und eine energische Agitation beginnen, um eine möglichst große Anzahl von Mitgliedern zu gewinnen.

Gleichzeitig werden jene, die irgendwelche für die Volksbibliothek geeigneten Bücher besitzen und diese für diesen Zweck hergeben möchten, gebeten, sie an nachstehende Adresse zu senden:

Stanislaus Kucik,
Redaktion des Lech.

Aus Nr. 258 des Lech (Gnesen)
vom 10. November 1911:

Die Generalversammlung des Vereins „Sokol“ in Gnesen

hat gestern unter dem Vorsitz des Kameraden Anton Smielecki stattgefunden. Die Entwicklung des Vereins war im vergangenen Jahre im allgemeinen günstig, wenn auch noch viel zur Vollkommenheit fehlt. An Mitgliedern gehen auf das Jahr 1912 95 über, darunter 45 turnende Kameraden. Der Kassenbestand beträgt 204 M., das Vereinsvermögen 1200 M. Die Turnübungen fallen befriedigend aus.

In den Vorstand wurden durch Zuzug von neuem gewählt:

Dr. Trepinski als Vorsitzender,
Thiel als Kassierer,
Ramysl als Schriftführer.

Aus Nr. 259 des Lech (Gnesen)
vom 11. November 1911:

Germanisierung durch die Schule.

Pudewitz, den 8. November 1911.

Die preußische Schule greift nach verschiedenen Mitteln, um die polnischen Kinder zu germanisieren. Sogar die Vergnügen mißbraucht man zu Zwecken der Entnationalisierung unserer Kinder. So veranstaltet z. B. die Volksschule in Pudewitz eine Theatervorstellung, in welcher die Aushebung zum Militär vor dem französischen Kriege dargestellt wird. Mit Schmerz muß man bemerken, daß manche polnische Mütter in ihrer Verblendung nicht die Gefahr sehen, die ihren Kindern droht, ja es sogar für eine Ehre halten werden, wenn ihre Kinder in dem germanisatorischen Vergnügen auftreten werden.

Wenn man wenigstens den Polen gestatten würde, die geringfügigen Überbleibsel der Rechte auszunutzen, die man der polnischen Sprache in der Schule gelassen hat, aber auch hier benachteiligt man sie auf unerhörte Art. Seiner Zeit stellte man in unserer Stadt über 200 Anträge, den Kindern in der Mittelstufe polnischen Leseunterricht zu erteilen, aber von diesem Unterricht ist nichts zu hören. Sollte der diesbezügliche Ministerial-Erlaß nur auf dem Papier stehen, um den Polen den Mund zu stopfen? Gegenüber einer derartigen Behandlung der Sache kann man sich nicht wundern, daß unsere Kinder, die nicht polnisch lesen können, den Vorbereitungsunterricht zu den heiligen Sakramenten nicht richtig auszunutzen verstehen und teilweise ungenügend auf sie vorbereitet zu den heiligen Sakramenten herantreten.

Aber das preußische Schulsystem begnügt sich nicht mit der Germanisierung der Kinder in der Elementarschule, es umgibt vielmehr mit seiner Fürsorge auch die die Fortbildungsschulen besuchenden Schüler. Jeder verständige Meister würde seinen Lehrling gern in die Fortbildungsschule schicken, wenn dies auch für ihn mit großen Schwierigkeiten verbunden ist, wenn nur die Schule ihre Aufgabe gehörig erfüllen, wenn nur der Schüler vom Unterricht wirklichen Vorteil haben würde.

Aber leider ist dem nicht so! Die Fortbildungsschule soll vor allen Dingen germanisatorische Aufgaben erfüllen; es ist also kein Wunder, daß ihre eigentlichen Aufgaben an die zweite Stelle gerückt werden. Die polnische Sprache ist vom Unterricht völlig ausgeschlossen und die deutsche Sprache als Unterrichtssprache ist den Schülern nicht genügend verständlich. Es ist also kein Wunder, daß die Jungen Dummheiten im Kopf haben. Sie bringen Papiere, Messer, Revolver, schlechte Bücher, ja sogar Schnaps mit und bemühen sich, auf diese Art die Zeit des Unterrichts zu verkürzen. Die Polizei, die Ausschreitungen befürchtet, stellt vor die Schule einen uniformierten „Schutzengel“, der während des Unterrichts die öffentliche Ordnung bewacht. Ein wirklich trauriges aber wahres Bild! Anstatt in die jugendlichen Gemüter den Samen der wahren Wissenschaft zu säen, ermuntert man die Schüler, vom Meister das notwendige Geld zu verlangen und die Vorstellungen des germanisatorischen Theaters zu besuchen, oder sich irgendeine deutsche Zeitschrift zu verschreiben und nach der Tagesarbeit die Keime der Germanisation einzusatzen.

Ein derartiges Unterrichtssystem muß mit Notwendigkeit geistige Krüppel großziehen. Man trifft heute auch unter unserer Jugend immer häufiger auf Personen, die weder die deutsche noch die polnische Sprache gehörig beherrschen. Unsere Zeitungen veröffentlichen von Zeit zu Zeit Beweise für die geistige

Verfrüppelung, die unter uns das germanisatorische Schulsystem verbreitet. Neuerdings fand auch ich zufällig auf der Straße einen betäubenden Beweis für die Folgen unseres heutigen Schulunterrichtes in Form nachstehender Adresse auf einer Bahnsendung:

An

Andreas Piethochewski

Schneidhermeister,

Posen.

Wallhischeiße.

Unsere armen polnischen Kinder, die diesem Schulsystem auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind.

Die einzige Rettung für sie ist das polnische Haus, eine nationale polnische Erziehung!

Aus Nr. 259 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 10. November 1911:

Ein freigebiges Vermächtnis.

Der am 25. Oktober 1911 in Lichtersfelde bei Berlin verstorbene Roman Plewkiewicz hat ein im Jahre 1904 hinterlegtes Testament hinterlassen, in welchem er, nachdem er seine Familie reichlich bedacht hat, nachstehende Summen für öffentliche Zwecke bestimmte:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Für die Sanitätsstation in Kobelnitz | 5 000 Rubel |
| 2. Für die Sommerkolonie ebendasselbst | 5 000 " |
| 3. Für das Greisenasyl in der Schrodka | 10 000 " |
| 4. Für das Krankenhaus in Bollstein | 5 000 " |
| 5. Für das polnische Lehrerinnenheim | 5 000 " |
| 6. Für das St. Josef-Spital ... | 10 000 " |
| 7. Für den Sokolbund in Deutschland | 5 000 " |
| 8. Für den Sokolverein in Posen | 5 000 " |
| 9. Für den (alten) Industrieverein in Posen | 5 000 " |
| (zu gleichen Teilen für Handwerkerschulen, zur Ausbildung der Jugend und zur Unterhaltung einer polnischen Musikkapelle) | |
| 10. Für den Verein der kaufmännischen Jugend | 5 000 Rubel |
| 11. Für die Macierz Szkolna in Teschen | 10 000 " |
| 12. Für den Verein der Unterrichtshilfe in Schlesien (St. Czeslaus) | 10 000 " |
| 13. Für den Verein der Unterrichtshilfe in Westpreußen | 10 000 " |
| 14. Für das Haus zum guten Hirten | 5 000 " |
| 15. Für das polnische Haus in Oppeln | 5 000 " |
| 16. Für den Marcinkowski-Verein gegen | 27 000 " |

Zusammen gegen 142 000 Rubel oder 200 000 Mark.
Charakteristisch ist nachstehender Absatz des Testaments:

„Meine Absicht bei der Abfassung dieses meines letzten Willens war die, den größeren Teil meines Vermögens, daß ich mit Gottes Hilfe durch meine Arbeit erworben habe, zur Hebung meiner armen Volks-gesamtheit zu verwenden.“

Aus Nr. 46 des Na Niedzielle (Bromberg)
vom 12. November 1911:

Beilage zu Nr. 260 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 11. November 1911.

Geliebte Kinder!

Es freut uns, daß wir so schön und ausführlich geschriebene Arbeiten über König Kasimir den Großen erhalten haben, der das Landvolk so liebte, daß er häufig gegen die Herren, die dem Volke Unrecht taten, streng auftrat.

Der scharfe Verstand des Königs Kasimir begriff, welch eine große Macht in der Nation der Bauernstand bildet, der die Nation ernährt und die Erde festhält, und sein edles Herz war über jedes Unrecht empört, das den Bauern seitens der mächtigen Herren angetan wurde.

Lernen wir vom König Kasimir, den Bauernstand zu ehren und die vaterländische Erde zu lieben. Denn wenn wir die Erde verlieren würden, würden wir alles verlieren.

Und auch ihr, geliebte Kinder, wenn ihr auch noch klein seid, müßt das verstehen, daß der Pole ein großes Unrecht begeht, wenn er das Land an einen Deutschen verkauft. Wenn ihr hört, daß euer Vater Lust hat, sein Gut an einen Deutschen zu verkaufen, der ihm mehr Geld als der Pole gibt, dann fasset euren Vater um den Hals, küßet ihm die Hände und bittet ihn bei allem, was ihm hoch und heilig ist, sein Land nicht zu verkaufen, seinen polnischen Namen nicht zu schänden. Und vielleicht wird das Herz des Vaters, das der Bitte des Kindes nicht widerstehen kann, erweichen, und er wird entweder sein Land nicht verkaufen, oder es an einen guten Polen verkaufen.

Wir hatten in unserer Geschichte wackere und mutige Kinder, tretet in ihre Fußtapfen.

Briefe haben gesandt:

Bronisława Brywinska,
Sophie Ziolkowska aus Rohrbeck,
Wanda Turczynska,
Helene Malewalska aus Wogrowitz,
Pelagia Was aus Johannesburg,
Boleslaus Szumski,

Anton Gorczynski aus Labischin. Dieser hat auch eine Belohnung erhalten.

Alle Kinder, die Briefchen geschrieben haben, grüßen wir herzlichst und bitten sie, auch andere Kinder zum Schreiben zu ermuntern.

Aus Dla naszej Działy

— kostenlose Beilage zu Nr. 260 des Lech (Gnesen) —
vom 12. November 1911:

An unsere kleinen Leser und Leserinnen!

Der Lech ist traurig gewesen, denn er erhielt diesmal sehr wenig Briefe. Warum vernachlässigt ihr euch, liebe Kinder, so sehr? Die Knaben haben den Lech fast gänzlich vergessen. An ihn schreiben nur überwiegend Mädchen. Zu unseren besten Korrespondentinnen zählt Helene Szacht aus Dziekanowiz. Edmund Tomaszewski aus Pleschen sandte uns eine schöne Ansichtskarte, welche die polnische Jugend während ihrer Übung im schönen Herzjesupark in Pleschen zeigt.

Unser kleiner Korrespondent hat uns zugesagt, in Zukunft an unsere Zeitung fleißig zu schreiben. Helene Majchrowicz aus Pawlowitz bei Lissa übersandte uns Grüße mit der Zusicherung, daß sie den Lech und schöne polnische Bücher fleißig lese.

Für den Aufsatz über den berühmten Ritter, Fürsten J. Poniatowski erhalten Preise: Helene Szacht aus Dziekanowicz, Mania Wozniak aus Gnesen, Maria Kurkiewicz aus Gnesen.

Außer den oben erwähnten schrieb auch einen schönen Brief über den Fürsten Josef Poniatowski Theresie Klawitter aus Siemianow.

Am 29. November feiern wir den Jahrestag der denkwürdigen Novembernacht. Ich bitte euch, liebe Kinder, weihet eure Briefchen diesem Jahrestage und erzählt uns von jenen schrecklichen und heldenmütigen Kämpfen fürs Vaterland!

Aus Oswiata — kostenlose Beilage
zu Nr. 257 der Gazeta Polska (Kosten) —
vom 11. November 1911:

Die großpolnische Mutter an der Wiege ihres Kindes.

Du mein Herzensschatz, du liebes Kind, der Ewige gab dich mir, du mein Bröckchen!

Obwohl ich Tag und Nacht ihm dafür danke, quält und ängstigt mich eine merkwürdige Furcht:

Was wartet deiner im Leben, wie wird dein Geschick sein?

Wirst du doch im Aufblühen schon kennen lernen, was Sklaverei ist!

Und wird dir Gott einen langen Lebensfaden spinnen, wird er im Sonnenlichte dahin schwimmen?

Obwohl ich dich in der Muttersprache lehre, Gott zu loben, wird die schreckliche Übermacht des Feindes in Kürze dir sagen, daß du dich schämen sollst in der Sprache deiner Mutter zu reden.

Und mit diesem eindringlichen Schrei werden sie immer wollen, dir alles zu vereiteln — was überall an das in Leinentuch gehüllte Vaterland erinnert!

Mein liebes Waisenkind, obwohl ich noch am Leben! Gott! Ich bitte darum in meiner Seele Tiefe, zerstreue die schrecklichen Gespenster! Gib einen Hoffnungsstrahl! Gib mir den Glauben, daß inmitten der Stürme die schwarzen Strömungen, welche aus der Hölle stammen und unser Land zum Kirchhofsleben verdammen, verloren gehen.

Geistlicher Józef Zakrewski.

Aus Nr. 11 des Zjednoczenie (Posen)
vom 5. November 1911:

Bericht aus der Versammlung der Landwirtinnen des Bezirks Wittowo.

Die zweite Versammlung des Vereins der Landwirtinnen eröffnete die Vorsitzende Frau Kzewuska am 24. August im katholischen Vereinshause in Gnesen und erklärte den Grund des geänderten Termins der Versammlung. Die Vorsitzende referierte über das Interesse an der Entwicklung des Vereins der Landwirtinnen, welches sich durch die zahlreichen mündlichen und schriftlichen Anfragen bezüglich der Organisation und der Entwicklung der Vereine zeigt. Nach der, durch die General-Schriftführerin des Hauptvorstandes an die Vorsitzende ergangene Nachricht, zählt das Großherzogtum Posen 22 und Westpreußen 12 Bezirke.

Bisher sind über 500 Mitglieder verzeichnet. Die Zahl der Mitglieder wird sich jedoch in kurzer Zeit vergrößern, weil alle Bezirke noch nicht organisiert sind. Zur Verwendung der von den Landwirtinnen gezahlten Jahresbeiträge erklärte die Vorsitzende, daß diese zur Gründung einer landwirtschaftlichen Schule für Bäuerinnen nach dem Muster, wie sie in Mirosławice und Gredzice durch den Verein der Landwirtinnen im Königreich Polen gegründet wurde, bestimmt sind. Es wird gegenwärtig vorgeschlagen, einen Teil dieser Beiträge zur Errichtung von Vereinsbibliotheken zu verwenden. Die Gründung einer solchen Bibliothek in unserem Verein muß man für überflüssig erachten und zwar aus dem Grunde, weil man durch die Eröffnung einer solchen Bibliothek, der in unserem Kreise unter der Leitung der Frau Mukulowska befindlichen sehr prosperierenden Wanderbibliothek unnötige Konkurrenz machen würde.

Der Vorsitzende erteilte alsdann der Frau Prabucka zu ihrem Referate „Die Pflichten der Landwirtin gegenüber den Bauern“ das Wort. In dem Referate wurde geschichtlich auf das Verhältnis der Landwirte und Landwirtinnen zum Volke, welches schon seit dem 18. Jahrhundert besteht, hingewiesen. Die glänzenden Gestalten des Staszyc, Kolontaj, Brzostowski und deren Betrachtungen über die Arbeit an dem Volke führte Rednerin mit großer Kenntnis der betreffenden Literatur vor. Sie führte ferner die Tätigkeit der Prinzessin Jablonowska in der Gründung von Spar- und Aussteuerkassen für Mädchen auf dem Lande an, sie stellte uns die Tatkräftige aus dem 18. Jahrhundert vor, deren Pläne und Taten sich nicht viel von den in unserem Jahrhundert durchgeführten sozialen Arbeiten unterscheiden.

Zu unseren gegenwärtigen Pflichten übergehend, wies Referentin in einer leichtfaßlichen Weise darauf hin, daß sämtliche Arbeiten und Bemühungen mit welchen wir unsere Bauern umgeben, uns ebenfalls bedeutende Vorteile bringen. Ein Arbeiter, der in hygienischen Verhältnissen arbeitet und lebt, und den die Intelligenz durch entsprechende Schriften, Vorträge und Unterhaltungen aufklärt, arbeitet gewissermaßen anders, als der schläfrige unaufgeklärte Arbeiter. Rednerin machte hierbei auf die Gefahr, welche sich immer mehr aus den größeren Städten unseren ruhigen Dörfern nähert, aufmerksam und empfiehlt für diese Fälle, sich um die Erhaltung eines guten patriarchalischen Verhältnisses zwischen dem Herrenhause und der Hütte zu bemühen. Seien wir Beschützerinnen unseres Volkes, arbeiten wir und wir werden unsere Pflicht erfüllen und Gott wird unsere Arbeit segnen. Mit dieser warmen Aufforderung schloß die Referentin ihr inhaltreiches Referat, für welches Frau Kzewuska herzlichen Dank aussprach.

Das folgende Referat hielt Frau Cegielska und zwar über „Die Frage der Hausdienstboten vom sozialwirtschaftlichen Standpunkt aus“. Referentin stellte uns die sozialwirtschaftlichen Verhältnisse der Dienstboten in der Schweiz, in Dänemark und Schweden, im Gegensatz zu den Verhältnissen in Deutschland dar. Rednerin ging von dem Standpunkt aus, daß ein großer Teil von Beschwerden über die Verhältnisse der Dienstboten auf die nicht entsprechende in Preußen noch unveränderte Gefindeordnung vom Jahre 1810 und auf den Mangel von Berufsorganisationen des Gefindes zurückzuführen sei, dadurch habe auch dieser Stand nicht diese Rechte wie alle anderen Berufe. Sie schlug auf diesem Gebiete gewisse Reformen vor, und stellte folgende Forderungen zur Erwägung, ev. zur Annahme durch alle Landwirtinnen des Großherzogtums Posen und der Provinz Westpreußen:

1. Die berufliche Organisierung des Gefindes und angeichts dessen die Organisierung der Arbeitgeberinnen.
2. Schaffung einer Aussteuerkasse durch den Bezirk der Landwirtinnen.
3. Schutz und Obhut für die minderjährigen Dienstboten.
4. Gründung von Bildungsvereinen für Dienstboten.

Die Forderungen sind in ihrem Rahmen sehr bescheiden, wenn wir sie mit den Forderungen der Dienstboten in Dänemark, Schweden und Norwegen vergleichen, welche diese ihren Arbeitgeberinnen gestellt haben und zwar:

1. Ausschließung des Dienstboten von der Pflicht, von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, Arbeiten jeglicher Art zu verrichten.
2. Besondere Vergütung für die Nacharbeiten.
3. Einen freien Nachmittag in der Woche von 5 Uhr ab und alle zwei Wochen einen ganzen Tag von 10 Uhr an. Alle Jahre einen 14-tägigen Urlaub.
4. Lohnerhöhung nach Maßgabe der Fähigkeit im Dienste.
5. Helle und warme Wohnung.

Frau Cegielska machte den Vorschlag, zwecks Erforschung der Fragen und Festsetzung von Statuten eine Kommission aus dem Kreise des Hauptvorstandes zu wählen. Die Versammlung nahm diesen Vorschlag an und beauftragte die Frau Cegielska ihre Forderungen in der nächsten Generalversammlung der Landwirtinnen in Posen vorzubringen, besonders aber solche, welche die Gründung einer Aussteuerkasse für Dienstboten betreffen. Das von der Frau Cegielska gehaltene Referat, rief eine lebhafteste Diskussion hervor. Es wurde im allgemeinen auf die Notwendigkeit einer größeren Obhut für die dienende Jugend hingewiesen, namentlich für die, welche bald nach dem Verlassen des Elternhauses in den Dienst tritt, ferner wurde auf entsprechende Sorge, dieser Jugend an den Sonn- und Feiertagen die Zeit in geeigneter Weise zu vertreiben hingedeutet.

Bei Punkt 4 der Tagesordnung, betreffs Wahl der Ortschaft zwecks Besuch einer Hauswirtschaft oder einer wirtschaftlichen Schule wurde beschlossen, im Herbst eine Hauswirtschaft in der nächsten Gegend zu besuchen und im Frühjahr sich für den Besuch einer landwirtschaftlichen Schule im Königreich vorzubereiten.

Für die nächste Versammlung versprach Frau Cegielska ein Referat aus dem hygienischen Gebiete und zwar: „Die Apotheke auf dem Lande“ und Frau Dr. Szafarkiewicz ein Referat aus dem sozialen Gebiete zu halten.

Bei der freien Aussprache brachten mehrere Landwirtinnen verschiedene Vorschläge betreffs der Organisierung der Versammlungen und kooperativen Arbeiten vor. Und so schlug auch Frau Chelmiczka die Gründung einer Verkaufsstelle in Gnesen für ländliche Produkte wie Eier, Gemüse, Obst und Geflügel durch die Landwirtinnen vor. Gegen diesen Vorschlag wurden jedoch aus der Mitte der Versammlung Stimmen laut mit der Motivierung, daß wir schon eine solche durch die Landwirtschaftskammer eingerichtete Verkaufsstelle in Posen, St. Martinstr. 47, haben, welche eine gute und bequeme Abnehmerin für Eier, Geflügel und Obst ist. Würde man ein neues Geschäft eröffnen, so müßten die Landwirtinnen die Verwaltungskosten eines solchen Unternehmens ohne Aussicht auf einen sicheren Gewinn übernehmen.

Frau Amrogowicz sprach den Wunsch aus, die Versammlungen des Vereins der Landwirtinnen aus Rücksicht auf die Bahnverbindung mit Gnesen und anderen Orten des Kreises und auf die um diese

Jahreszeit ankommenden bequemen Züge schon um 3 Uhr abzuhalten. Dieser Wunsch wurde bereitwilligst berücksichtigt.

Nach Schluß der Versammlung der Landwirtinnen brachte die Bibliothekarin des Kreises des Volkslesevereins Frau Mukulowska aus Kolaczkowo ihren Plan für die Belebung aller Lesevereine der Kreise vor und bat gleichzeitig die anwesenden Landwirtinnen, die Ortsbibliotheken der Volkslesevereine rechtzeitig an die Zentrale des Kreises in Kolaczkowo zwecks Instandsetzung, Vervollständigung und Austausches der Bücher einzusenden. Frau Mukulowska versprach bis zum 15. Oktober die Arbeit beendet zu haben und die in Ordnung gebrachten und eingetauschten Bibliotheken wieder zu versenden. Nachdem der Frau Mukulowska für ihre eifrige Arbeit gedankt worden war, versprachen die Landwirtinnen den geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen.

Arcugowo im September 1911.

Elisabeth Rzewuska
Schriftführerin.

Aus Nr. 21 der Sila (Posen)

vom 10. November 1911:

Kogasen, den 27. Oktober 1911.

Am Sonntag, den 22. Oktober, ist hier selbst eine neue Filiale der Berufsvereinigung gegründet worden. Das Referat über die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation hielt Kamerad St. Kosinski aus Wongrowitz. Es ließen sich 15 Personen als Mitglieder aufnehmen. In den Vorstand der Filiale wurden gewählt: Ludwig Skrzypczak, Vorsitzender, Wlad. Janke, Kassierer, Mart. Janke, Schriftführer. Der neuen Filiale viel Glück!

Aus Nr. 21 der Sila (Posen)

vom 10. November 1911:

Schoffen, den 29. Oktober 1911.

Hier selbst fand eine Versammlung von Arbeitern statt, in welcher Kamerad Kosinski aus Wongrowitz über die Notwendigkeit der Berufsorganisation sprach. Nach Beendigung des Vortrages gründete man eine neue Filiale. Es traten ihr 16 Personen als Mitglieder bei. In den Vorstand wurden gewählt:

Zielinski, Vorsitzender, Wrof, Kassierer, Radomski, Schriftführer.

Viel Glück!

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 135 der Gazeta Gdanska (Danzig)

vom 11. November 1911:

Wahlanlagenheiten.

Aufruf.

Der gegenwärtige Reichstag erreicht das Ende seiner durch Gesetz vorgeschriebenen 5-jährigen Legislaturperiode, und an seiner Stelle tritt ein neuer Reichstag, für welchen am 12. Januar 1912 die Wahlen stattfinden sollen. Die Zusammensetzung des neuen Reichstages wird natürlich von der Agitationstätigkeit der einzelnen Parteien abhängen. Daher bereiten sich

auch im ganzen Deutschen Reiche die Wähler zu diesem Kampfe vor, der diesmal besonders hartnäckig sein wird.

Für uns Polen hat dieser Wahlkampf zwei gleich wichtige Zwecke. Einmal, recht viele polnische Abgeordnete in den Reichstag zu entsenden. Je größer ihre Zahl ist, umso erfolgreicher werden sie die uns angeborenen, sei es nationalen oder religiösen sowie unsere Bürgerrechte verteidigen können. Der zweite nicht minder wichtige Zweck ist, vor der ganzen Welt zu dokumentieren, daß wir Polen sind und auch ferner bleiben wollen, und damit gegen alle uns feindlichen Ausnahmegeetze protestieren. Je größer die Zahl der polnischen Stimmen sein wird, umso nachhaltiger wird unser Protest sein, ein umso bereedteres Zeugnis unserer Lebensfähigkeit werden wir liefern und umso mehr werden wir beweisen, daß wir den Mut nicht verlieren, obwohl wir uns in so schwierigen Verhältnissen befinden. Darum hat auch jeder polnische Wähler ohne Rücksicht darauf, ob er einem für uns sicheren oder auch ganz unsicheren Wahlkreise angehört, die heilige Pflicht, sich an dem Wahlkampf eifrig zu beteiligen, sich am Wahltage zur Wahlurne zu stellen und seine Stimme einem polnischen Kandidaten zu geben.

Je gewissenhafter und sorgfältiger diese Pflicht von unseren Wählern erfüllt werden wird, umso günstiger wird für uns der Ausfall der Wahlen sein. In erster Linie sind unsere Kreiswahlkomitees zu dieser Arbeit berufen. Ihre Aufgabe ist es, die Reihen unserer Wähler zu mustern, an jeden Wähler heranzutreten, Unaufgeklärte zu belehren und Gleichgültige mit der Wärme des nationalen Geistes zu begeistern und sich überhaupt in der energischsten Weise mit der Wahl-agitation zu befassen. Deshalb bestimmen wir folgendes:

Die Kreiskomitees sollen:

1. sich in kürzester Zeit zur Beratung versammeln, nötigenfalls sich konstituieren und einen Beschluß hinsichtlich der Einberufung der Kreiswähler-versammlungen fassen, in den Kreisen, die der Maulkorbvorschrift des § 12 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 unterliegen, dürfen die Generalversammlungen erst nach der amtlichen Bekanntmachung des Wahltermins abgehalten werden;
2. falls notwendig, auf den Kreiswählerversammlungen eine Ergänzung der Kreisorganisation vornehmen und über die Reichstagskandidatenliste abstimmen lassen; wir bemerken, daß die gelegentlich der Landtagswahlen im Jahre 1908 gewählten Delegierten bis zu den künftigen Landtagswahlen in ihrem Amte bleiben; die Neuwahl eines Delegierten ist aber erforderlich, wenn der bisherige Delegierte entweder verstorben, sein Amt freiwillig niedergelegt hat, oder aus dem Kreise verzogen ist;
3. eine Sammlung für den Wahlfonds veranstalten, von dem im Sinne unserer Satzungen die Hälfte in der Kasse des Kreiskomitees verbleibt, während die andere Hälfte in die Kasse des unterzeichneten Komitees fließen muß;
4. einen ganz genauen Wahlagitationsplan aufstellen, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Wahl-agitation auch bis in die kleinsten und entferntesten Orte und zu jedem polnischen Wähler dringen muß;
5. sobald die Wählerlisten ausgelegt sind, sie durch-sehen und im Falle ein Wähler ausgelassen ist, ihre Vervollständigung veranlassen;
6. im Falle einer Änderung in der Zusammensetzung der Kreiskomitees, oder der Wahl neuer Delegierten sind die betreffenden Protokolle an Herrn St. Siforski, Gr. Chelmuo bei Bruch zu senden; auch ist uns die angenommene Reichstags-kandidatenliste mitzuteilen.

Die Vertreter unserer Presse bitten wir dringend, durch ihre Blätter eine Sammlung für Wahlzwecke zu veranstalten.

Den Tag der Hauptdelegiertenversammlung werden wir feinerzeit bekannt geben.

Im November 1911.

Das Provinzialwahlkomitee
für Westpreußen und Ermland.

Pfarrer Dr. Anton Wolzlegier, Vorsitzender.

Stanislaus Siforski, Schriftführer und Kassierer.

Pfarrer Dr. Thofarski.

Pfarrer Barczewski. Dr. Karasiewicz. Dr. Laszewski.

Aus der Provinz Schlesien.

Aus Nr. 22 des Robotnik Polski na Obczyźnie
(Berlin)

vom 15. November 1911:

Görlitz.

Am 22. Oktober hielt der polnisch-katholische St. Joseph-Verein seine Jahreshauptversammlung ab, in welcher ein neuer Vorstand gewählt und der Jahresbericht erstattet wurde. Es fanden im Laufe des Jahres 25 gewöhnliche Versammlungen, eine Generalversammlung und vier Vorstandssitzungen statt. Der Verein veranstaltete auch eine Weihnachtsbescherung, bei der 32 Kinder beschenkt wurden.

Stand der Kasse: Einnahme: 155,95 Mk., Ausgabe 90 Mk., überschuß 65,95 Mk. Das gesamte Vermögen beträgt 344,09 Mk. Die Bibliothek besteht aus 178 Bänden. 12 Mitglieder haben 80 Bücher gelesen. Weil die Bücher zum größten Teil Eigentum des Volkslesevereins in Posen sind, wurde an diesen Verein ein freiwilliger Jahresbeitrag von 10 Mk. entrichtet.

Für das laufende Jahr ist der nachfolgende Vorstand gewählt worden:

J. Merdasinski, Vorsitzender,
Fr. Slaby, stellvertretender Vorsitzender,
S. Malchrowicz, Schriftführer,
M. Stachowski, Kassierer,
A. Pierzchalski, Bibliothekar.

Jos. Merdasinski, Vorsitzender,
Hohestraße 21.

Aus Nr. 8 der Prawda (Rosenberg)

vom 11. November 1911:

Aufruf.

Nur noch einige Wochen trennen uns von dem Tage der Reichstagswahlen, denn aller Wahrscheinlichkeit nach finden die Wahlen am 12. Januar 1912 statt.

In dem Wahlkreise Kreuzburg-Rosenberg ist überwiegend polnisches Volk ansässig, und darum ist es auch billig, daß in diesem Kreise ein Vertreter des polnischen Volkes, ein polnischer Abgeordneter ein Mitglied der polnischen Fraktion in Berlin gewählt wird. Dieses wird auch geschehen, wenn das polnische Volk seine Rechte geltend machen und seine Stimme nur dem polnischen Kandidaten geben wird. In der nächsten Zeit werden wir dem Volke einen solchen Kandidaten vorstellen, zu welchem alle Vertrauen haben können und müssen.

Wir müssen die Wahlarbeit vorbereiten und alle Kräfte aufbieten, damit wir am Wahltage vorbereitet

sind. Unser wartet noch eine große Arbeit und zu dieser Arbeit fordern wir alle auf.

In jedem, selbst auch in dem kleinsten Dorfe, muß ein Vertrauensmann bestellt werden, welcher gemeinschaftlich mit uns die Wahlen vorbereitet.

Wer also behilflich sein will, der möge seinen Namen und seine Wohnung dem Vorsitzenden des Komitees, und zwar aus dem Kreise Rosenberg dem Propst Kutschka, Wysocka bei Rosenberg, und aus dem Kreise Kreuzburg dem Tischlermeister T. Wieloch, Ober-Kunzendorf bei Kreuzburg (D.-S.) angeben. Meldet euch sofort, liebe Brüder, und unterstützt uns mit euren Kräften!

Das polnische Wahlkomitee für die Kreise Kreuzburg-Rosenberg.

Aus Nr. 260 des Kurjer Slaski (Zabrze)
vom 11. November 1911:

Der Kampf um die Seele.

Ein Menetekel für die Zentrumsleute.

Unter dieser Überschrift schreiben die Katolik-Blätter u. a. folgendes:

Wir Polen stellen die Nation über den Staat, denn eine Nation kann auch ohne Staat bestehen, wie uns das Beispiel der Polen lehrt. Bei uns Polen bedeutet das Wort „Vaterland“ nicht nur das Land unserer Väter, sondern auch der Menschen, die die gemeinsame polnische Sprache reden, gemeinsame polnische Sitten, eine gemeinsame polnische Geschichte und gemeinsame Ideale haben. Daher haben wir, obgleich wir keinen besonderen polnischen Staat haben, dennoch ein gemeinsames Vaterland, das wir als unsere gemeinsame Mutter lieben. Unser Vaterland befindet sich dort, wo das Land unserer Väter ist, die es mit ihrem Schweiß getränkt und ihr Blut zu seiner Verteidigung vergossen haben, dort, wo die polnische Sprache und das polnische Lied erklingt. Obgleich wir also dem preussischen Staat und dem Deutschen Reiche angehören, so können wir doch nur die polnischen Lande unser Vaterland nennen, und nicht die deutschen Lande, die mit unseren Vätern nichts gemein haben; denn unsere Väter hatten kein Verlangen nach fremdem Eigentum, maßten sich keine Rechte auf die deutschen Lande an.

Ganz andere Vorstellungen haben in dieser Frage die Deutschen. Bei ihnen spielt die Nation, zu deren Bezeichnung sie in ihrer Sprache nicht einmal ein eigenes Wort haben, im Vergleich zum Staate nur eine untergeordnete Rolle, und zwar hauptsächlich darum, weil bei ihnen die Staaten nicht durch die Nation entstanden sind, sondern Gebilde verschiedener Dynastien, d. h. Herrscherfamilien, sind. Z. B. ist das Königreich Preußen ein Gebilde der Familien Hohenzollern, der österreichische Staat ein Gebilde der Familie Habsburg, das Königreich Bayern ein Gebilde der Familie Wittelsbach usw. Diese Familie achteten anfänglich gar nicht auf das Interesse der Nation, sondern waren nur bemüht, ihren Besitzungen möglichst viel Land einzuverleiben, um dadurch zur Macht zu gelangen. Gerade deshalb waren sie von vornherein Gegner jeder nationalen Bewegung, weil diese das Ganze der künstlich zusammengefügten Staaten gefährdete. Darin gerade liegt die tiefere Ursache dessen, daß sich die deutschen Regierungen, besonders die preussische, dem Streben nach größeren Rechten der deutschen Staatsbürger mit allen Kräften widersetzen; denn wenn das Volk in Deutschland ein parlamentarisches Regime erlangen wird, dann wird die

deutsche Nation durch die Macht der Dinge die Bildung eines einheitlichen Staates erstreben — an Stelle der zwei Duzend besonderen Kleinstaaten. Dann können die Throne der deutschen Herrscher zusammenbrechen und entweder eine deutsche Republik oder eine deutsche Monarchie nach dem Vorbild der englischen entstehen, in welcher entweder die Familie Hohenzollern oder die Familie Habsburg oder eine andere Familie Thron und Regierung übernehmen wird. Das sind die Gründe, weshalb die deutschen Regierungen und insbesondere die preussische nicht die Nation, sondern den Staat als das wichtigste betrachteten. Es ist sogar soweit gekommen, daß die Deutschen, namentlich die Preußen, sich vor der staatlichen Macht wie vor einem Götzenbilde demütigen, daß bei ihnen der Staat nicht mehr Mittel zum Zweck, sondern das Ziel ist, für welches sie alle Grundsätze, sogar das Eigentumsrecht, wie bei der Enteignung der Polen, aufopfern.

Gerade in Preußen ist das Wort „Staatsomnipotenz“ entstanden. Und in der Tat macht sich uns diese Staatsomnipotenz deutlich fühlbar. Sie beraubt die Eltern ihres natürlichen Rechts auf die Kinder, sie nimmt diese Kinder, als ob sie ihr Eigentum wären, und erzieht sie in ihrer Art; sie raubt der Kirche die Freiheit, sie legt ihr Fesseln an, sie duldet nicht, daß eine besondere polnische Nation existiert, und sie möchte ihr Sprache und Land rauben, um sie in dieser Weise zu verschlingen. Vor dieser Staatsomnipotenz verbeugen sich, wie vor einem Götzenbilde, Große und Kleine, Gelehrte und Ungelehrte, Minister und Nachtwächter, Professoren und Schüler, sogar manche Bischöfe und Priester.

Die Staatsomnipotenz duldet kein selbständiges Denken, kümmert sich um alle, sogar private Angelegenheiten ihrer Untertanen, so daß dem Durchschnittsbürger des preussischen Staates nicht mehr viel zu denken übrig bleibt. Es genügt ihm sein „Untertanenverständnis“.

In dem Umstand, daß die Staatsomnipotenz über die Nation gestellt wird, liegt eine ungeheure Gefahr und ein unberechenbarer Schade für die Volksgesamtheit. Während die Nation eine Kollektivseele besitzt, bildet der Staat die materielle Kraft. Wenn also die materielle Kraft des Staates in den Vordergrund gestellt und die Anwendungen der nationalen Seele durch die materielle Übermacht unterdrückt werden, so wird die Volksgesamtheit demoralisiert und verdorben, werden in ihr alle Ideale getötet und nur die Achtung vor der materiellen Übermacht geweckt. Kein Wunder also, daß sich der Materialismus unter den Deutschen immer mehr ausbreitet, daß sie unsere nationalen Bestrebungen und Ideale nicht verstehen und nicht begreifen, wie wir Polen so große Opfer für unsere — angeblich verlorene — nationale Sache bringen können.

Wir sehen dies deutlich in unserem polnischen Schlesien, wo der Kampf um die Seele des polnischen Volks am heftigsten tobt. Die Staatsomnipotenz bietet mit ihrem ungeheuren staatlichen Apparat alle Kräfte auf, um jeden Funken des polnischen Geistes durch ihre Übermacht zu zertreten.

Leider sehen wir in diesem Kampfe um die nationalen Ideale auf seiten der materiellen Staatsomnipotenz einen großen Teil der Geistlichkeit, die Vertreterin derjenigen geistlichen Macht, von der der Erlöser vor Pilatus erklärte: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“. Die Nachfolger der Apostel und der heiligen Priester der ersten christlichen Jahrhunderte, welche die zeitlichen Dinge verachteten, sehen wir vor dieser materiellen Macht sich demütigen, vor den Mächtigen dieser Welt kriechen, um eine bessere Stelle zu erhalten, sehen wir nach Orden schmachten. Sogar

Priester, denen man in jeelsorglicher Hinsicht keinen Vorwurf machen kann, unterliegen, von der preußischen Kultur trunken gemacht, dem Zauber oder der Übermacht der Staatsomnipotenz.

Ein sonst braver Priester sagte mir einmal, ich täte nicht gut, wenn ich mich dem Zorne der Behörden aussetzte, weil ich eine bessere Stelle nicht mehr erhalten würde. Ein anderer Pfarrer schreckte vor den Wahlen seine Parochianen, sie würden von der Regierung für eine neue Kirche oder Schule keine Beihilfe erhalten, sie würden kein (wahrhaft preußisches!) „Gnadengeschenk“ erhalten, sie würden verfolgt werden usw., wenn sie ihre Stimmen einem polnischen Geistlichen geben würden. Es entstand also ein Konflikt, ein Kampf in dem Gewissen des Bürgers zwischen der Pflicht und dem materiellen Vorteil. Und dieser letztere trug bei manchem leider den Sieg davon. Diese Handlungsweise eines Geistlichen kann ich nicht anders bezeichnen, als Demoralisation, als eine Korruption des Volks. Anstatt nämlich in diesem Volke Verachtung gegen den Mammon und Bereitwilligkeit zur Aufopferung für Ideale, für seine höchsten Güter zu erziehen, wird diesen Leuten der größte Materialismus eingeflößt. Eines elenden Judasgeldes und der trägen Ruhe wegen werden die heiligsten Schätze, der Glaube und die Nationalität, verkauft.

Was würde im Kulturkampf geschehen sein, wenn das Volk dem materiellen Vorteil nachgegangen wäre? Sahen diese Geistlichen nicht, wie eine solche Betörung des Volkes endet?

Mögen sie auf das durch und durch materialisierte Deutschland sehen, wo sich verschiedene Elemente zum letzten Schlage gegen die idealistischen Grundbegriffe rüsten. Es sind dies die Folgen dieser Lehre von der Staatsomnipotenz, die Früchte der deutsch-preußischen Kultur.

Wir Polen bedanken uns für eine solche Kultur. Wir haben unsere eigene Kultur, die sich nicht auf Bismarcks Grundsatz „Macht geht vor Recht“ stützt, sondern auf die absolute Gerechtigkeit und die Gleichheit aller. Und wiewohl wir ein armes Volk sind, so verteidigen wir doch treu unsere Ideale, unsere geistigen Schätze, und wir können uns einer herrlichen zeitgenössischen Literatur rühmen, während in Deutschland der Reichtum gewachsen, aber die Literatur niedergegangen ist, was von einem geistigen Verfall in der deutschen Nation zeugt. Wenn die Juden nicht deutsch schreiben würden, so wäre die deutsche Literatur unscheinbar, klein, nichtsbedeutend. Wenn die Juden und andere Verdeutschte die deutsche Wissenschaft und Kultur nicht fördern würden, so wäre in Preußen noch ein Halb-Asien.

Daß es unsere Pflicht ist, unsere polnische Nationalität zu verteidigen und uns nicht in Deutsche umwandeln zu lassen, lehrt uns auch das Beispiel des Erlösers selbst, der, wiewohl er unter römischer Herrschaft lebte, nicht Römer geworden, sondern Jude geblieben ist. Bei der Erläuterung der Worte Christi „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist“, erlaubte sich ein Pfarrer von der Kanzel über die polnischen Agitatoren herzufallen, die angeblich das Volk aufwiegeln.

War auch während des Kulturkampfes das Vorgehen der Geistlichen gegen die Regierung eine Aufwieglung des Volks? Das war etwas anderes, wird vielleicht jener Zentrumsgeistliche sagen, denn damals handelte es sich um den Glauben. Darauf entgegnete ich, daß gegenwärtig ein Kampf um unsere Nationalität und um den Glauben tobt, denn bei uns Polen ist der Glaube mit der Nationalität so eng verschmolzen, daß wir mit dem Verlust der Nationalität auch den Glauben verlieren würden.

Wir Polen geben dem Kaiser, was des Kaisers ist, denn wir erfüllen unsere Staatspflichten; aber wir geben auch Gott, was Gottes ist, indem wir ihm unseren unverbrüchlichen Willen, unsere Nationalität, die uns Gott verliehen hat, bis zum letzten Atemzuge zu verteidigen, opfern.

Ein Geistlicher.

Aus Nr. 226 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 11. November 1911:

Betrifft die Arbeiterkandidatur.

Wir brachten die Sache einer Kandidatur aus der Arbeiterklasse, und zwar in einem unserer Wahlkreise des Industriebezirks zur Sprache. Wir wollen unseren Standpunkt in dieser Angelegenheit näher darlegen.

Schon vor einer Reihe von Monaten gaben wir maßgebenden Faktoren gegenüber der Überzeugung Ausdruck, daß im Wahlkreis Kattowitz-Zabrze als Kandidat einer der Leiter der Arbeiterbewegung aufgestellt werden sollte. Dieser Wahlkreis ist sehr unsicher. Die Eroberung des Mandats wird in diesem Wahlkreise um so schwieriger sein, je mehr politische und persönliche Feinde unser Kandidat in der eigenen Volksgeamtheit haben wird, und der bisherige Abgeordnete dieses Wahlkreises, Herr Korfanty, hat deren nicht wenig. Das Mandat Kattowitz-Zabrze aber werden wir desto leichter erobern, je sympathischer uns allen die polnische Kandidatur sein wird. Ein solcher Kandidat wäre zweifellos ein Arbeiterführer, der beliebt und dabei intelligent und besonnen ist.

Noch im Sommer schien es, daß die leitenden Faktoren im Katolik und ebenso die maßgebenden Faktoren bei den Wahlen diese Ansicht teilen. Man war damit einverstanden, daß die Kandidatur des Herrn Korfanty in einen anderen, weniger gefährdeten Wahlkreis verlegt, im Wahlkreise Kattowitz-Zabrze aber die Kandidatur eines tüchtigen Arbeiters in den Vordergrund gerückt werden sollte. Vertraulich wurde sogar schon der Name des Herrn Rymer, des Schriftführers der Polnischen Berufsvereinigung in Berlin, der Geburt nach eines Mannes aus unserem Schlesien, eines aufgeklärten, reifen und geschulten Mannes, genannt.

Diese Pläne durchkreuzte, wie dies die Leser wissen, der Eigensinn des Herrn Korfanty, der aus diesem Wahlkreis um keinen Preis zurücktreten will. Unsere Leser wissen auch, daß die Nationaldemokraten, da sie die Verwirrung nicht vergrößern wollen, wodurch wir ein polnisches Mandat einbüßen könnten, beschlossen haben, Herrn Korfanty eine eigene Kandidatur nicht entgegenzustellen. Wir sind aus dem Komitee für den Wahlkreis Kattowitz ausgetreten und haben die Verantwortung für das Wahlergebnis in die Hände des Katolik, seiner Redakteure und Agenten gelegt. Unserer Nationalpflicht werden wir bei der Wahl natürlich genügen.

So sehen die Dinge im Wahlkreis Kattowitz-Zabrze aus. Kandidieren wird hier Herr Korfanty. Und was ist aus der Arbeiterkandidatur geworden? Sollte es für sie keinen Wahlkreis im Industriebezirk geben? Noch unlängst hieß es, daß es an solchen Kandidaten fehle. Ist es gerecht, daß eine Arbeiterkandidatur nicht zugelassen wird, damit Platz für drei Katolikredakteure vorhanden wäre? In der Presse wurde so oft der Wunsch wiederholt, daß in der polnischen Fraktion möglichst wenig Verleger und Redakteure säßen, weil gerade ihre persönlichen Händel die Fraktion herabsetzen und diskreditieren. Und jetzt soll ein einziger

Zeitungsverlag sogar drei Abgeordnete, die Herren Kapierski, Korfanty und Dombek, liefern?

Hätte die nationale und Arbeiterfrage nicht größere Vorteile, wenn z. B. das Mandat im Wahlkreis Beuthen-Tarnowitz einem Kandidaten aus der Arbeiterklasse anvertraut würde? Wir würden dies nicht empfehlen, wenn wir einen Arbeiter mit entsprechenden Qualifikationen nicht hätten. Aber wir haben ihrer doch genug, und eine Auswahl ist nicht schwierig.

Eine sympathische und intelligente Kandidatur aus der Arbeiterklasse würde die nationale und Arbeiterfrage bedeutend vorwärtsbringen. Wir unterstreichen das Wort „intelligent“, denn Figuranten, wie der ehemalige Arbeiterkandidat der Polen und des Zentrums, Krolis, der im Reichstage nichts tat, brauchen wir natürlich nicht, aber wir haben zum Glück fähige Kandidaten, wenn wir uns für sie entscheiden wollten. Doch wir verstehen nur fortwährend zu rufen: Mit dem Volke für das Volk!

Aus Nr. 229 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 15. November 1911:

Vor der Wahl der Kandidaten.

Die Frage der Kandidaturen wird bei uns brennend, da die Wahlen vor der Tür stehen. Wir müssen daher in Erwägung ziehen, was für Abgeordnete wir zu wählen haben und was uns die höchste Richtschnur bei der Wahl der Kandidaten sein soll.

Wir dürfen diese Wahl nicht leichtfertig behandeln, weil wir unsere Abgeordnete nach Berlin entsenden, nach dem Mittelpunkt, von dem alle Entwürfe ausgehen, welche die Ausrottung der polnischen Nationalität zum Zweck haben, in dem jedes Mittel gut ist, um uns vor der Welt, wenn nicht zu verunglimpfen, so doch wenigstens lächerlich zu machen. Die von der Reichstagsbühne ausgehenden Stimmen verbreiten sich weit und breit über Europa. Daher muß darauf geachtet werden, daß von der Reichstagsbühne aus dem Munde eines polnischen Abgeordneten nicht ein Wort fiele, das uns als Nation lächerlich machen oder unseren Bufenfreunden Veranlassung geben könnte, uns vor der Welt zu verunglimpfen.

Die wichtigste Richtschnur bei der Auswahl der Abgeordneten kandidaten sollte die Rücksicht auf das Wohl unserer nationalen Sache sein.

Alle anderen Angelegenheiten, die sich auf dem Schauplatz des Reichstags abspielen können, finden Verteidiger in den anderen Fraktionen, während unsere Stimme dort sehr wenig bedeutet. Im Reichstage wird sich stets einer finden, der für die Religion einzutreten verstehen wird; fast jede soziale Gruppe, jedes wirtschaftliche Bestreben hat im Reichstage seine eifrigen Verfechter. Nur die polnische Sache hat diese nicht. Hier sind wir also ausschließlich auf unsere eigene Hilfe, auf unsere eigene Stimme, nur auf unsere Vertreter angewiesen. Im Interesse unserer heiligsten nationalen Rechte wird sich — außer einem Polen — niemand vernehmen lassen. Die Zeiten sind nämlich vorbei, wo die freisinnigen Deutschen gerecht zu sein verstanden, wo sie menschlich das zu fühlen verstanden, was uns schmerzt; die Zeiten sind vorbei, wo uns das katholische Zentrum im Namen der christlichen Grundsätze verteidigte. Heute blicken sowohl die Freisinnigen als auch die Zentrumsleute durch die hakatistische Brille auf uns, zusammen mit den extremsten alldutschen Elementen wünschen sie unsere Ausrottung, ihnen allen sind wir im Wege.

Es kommen zwar wirtschaftliche Angelegenheiten vor, die mit der nationalen oder auch der rein wirtschaftlichen Sache in engem Zusammenhange stehen. Aber hier müssen wir uns darüber klar sein, daß der Reichstag, wenn er irgend ein Gesetz wird schmieden wollen, das sich gegen unser wirtschaftliches Leben, sei es auf kaufmännischem, sei es auf industriellem oder landwirtschaftlichem Gebiete richten soll, dies tun wird, selbst wenn wir unter unseren Abgeordneten die tüchtigsten Kaufleute oder Industriellen oder Landwirte hätten. Alle ihre Argumente, selbst die klügsten und beredtesten, werden nicht vermögen, den deutschen Reichstag zu verhindern, das zu tun, was ihnen angeblich Bismarcks Staatsraison zu tun befiehlt, dieselbe Staatsraison, welche die Italiener bewogen hat, an dem schwachen Türkenreiche einen Gewaltstreich und öffentlichen Raub zu verüben.

Ist angesichts dessen unser Vorposten im Deutschen Reichstage ein zur Vernichtung verurteilter Posten, ein Posten, den zu verteidigen es nicht lohnt?

Irrren würde sicherlich derjenige, der, die Aufgaben unserer Abgeordneten zusammenfassend und in Erwägung ziehend, zu einem solchen Ergebnis kommen würde. Wir müssen indes zu der Überzeugung kommen, daß ausschließlich Standeskandidaturen, ebenso ausschließlich Parteikandidaturen nichts dazu beitragen werden, die Bedeutung und den Wert unserer nationalen Vertreterschaft in Berlin zu heben, daß solche Kandidaturen unserer Volksgesamtheit auf wirtschaftlichem Gebiete absolut keine Vorteile bringen werden, vielmehr nur Verluste auf nationalem Gebiete herbeiführen können. Wir kommen also darauf zurück, wovon wir ausgegangen waren: nur nationale Qualifikationen, wie sie von jedem Menschen verlangt werden, auf dem eine gewisse Verantwortung ruht, also Unbescholtenheit des Charakters, ein gesunder kritischer Sinn und die Fähigkeit, sich in Angelegenheiten zurechtzufinden, die unsere Volksgesamtheit berühren, — nur solche Qualifikationen dürften bei der Auswahl der Kandidaten maßgebend sein.

Alle anderen Rücksichten müssen angesichts dieser nationalen Rücksicht eine untergeordnete Rolle spielen. Standes- und Parteid Rücksichten können erst dann in Frage kommen, wenn wir zwischen zwei Kandidaten von gleichem nationalen Wert zu entscheiden haben. Dann werden wir als Volksparteiler, als Nationaldemokraten denjenigen unterstützen, der uns näher steht, also einen Nationaldemokraten, dann erst auch werden wir einer Standeskandidatur den Vorzug geben können in der Erwägung, daß sie der polnischen Fraktion tatsächlich nützen kann, wenn sie auch in nationaler Beziehung soviel wert sein wird, wie eine andere Kandidatur.

Jeder Wähler, der aufgeklärt sein will, der nicht nur eine Drahtpuppe sein will, die so handelt, wie ihr eine höhere Behörde befiehlt, sollte über die Kandidaturen nachdenken, sich eine eigene Meinung über sie bilden und sie in Wählerversammlungen aussprechen. Wenn dies geschehen wird, dann werden wir ein aufgeklärtes, selbständiges Volk haben, ein Volk, wie es jeder aufrichtige Volksparteiler und Demokrat zu haben wünscht.

Aus Nr. 258 des Dziennik Śląski (Königshütte)
vom 9. November 1911:

Ein abgeschlagener Angriff auf unsere Abgeordneten im geistlichen Gewande.

über die Versammlung in Ottmuth, in welcher Pfarrer Drobiz gegen die polnischen Abgeordneten im

Priesterkleide Stellung genommen hatte, lassen sich die Katolik-Blätter u. a. wie folgt aus:

Pfarrer Drobig erhielt eine sehr deutliche, von dem polnischen Volke ihm ausgestellte Quittung.

Hatte er dies nötig? Er ist selbst schuld daran. Die Redlichkeit der Zentrumsleute, die den Pfarrer Drobig zu einem politisch so unklugen Schritt gedrängt haben, ist groß. Sie allein trägt die Schuld daran, was geschehen ist.

Die Versammlung war für die polnischen Wähler, die auf dem Boden der polnischen Fraktion stehen, einberufen. Wenn der Zentrumsmann Pfarrer Drobig erscheinen und die Redner anhören wollte, hätte ihm dies niemand verwehrt. Als Gast hätte man ihm gewiß auch das Wort erteilt.

Pfarrer Drobig täuschte sich aber gewaltig, wenn er annahm, daß er straflos über unsere Abgeordneten im Priestergewand werde herziehen können, weil sie zu ihren Wählern, ihren Landsleuten sprechen. Das polnische Volk hat ihm auf diesen seinen ungehörigen Schritt die Antwort erteilt, eine Antwort, die er ein für allemal im Gedächtnis behalten dürfte.

Das polnische Volk tat dies, ohne daß es zum Vorgehen gegen dieses Unrecht vorbereitet worden wäre. Es tat dies aus tief im Herzen gefühlter Gerechtigkeit.

Dieses Auftreten des Volks zur Verteidigung der Abgeordneten im Priesterkleide ist nicht nur eine Lektion für Pfarrer Drobig, sondern für alle Zentrumsleute, sowohl Geistliche als auch Laien, die unseren Abgeordneten im Priesterkleide den Mund verschließen, sie beleidigen, kränken und sogar verunglimpfen möchten.

Wir haben in dieser Hinsicht verschiedene Nachrichten, und wir warnen ausdrücklich, wen dies angeht. Spielt nicht mit dem Feuer, ihr Herren vom Zentrum. Auf diesem Wege wird weder Pfarrer Glowacki, noch ein anderer Zentrumsmann ein Mandat erobern. Das polnische Volk, die polnischen Wähler sehen klar, wohin eine solche Arbeit führen soll.

Polnische Wähler! Rührt euch überall, belehrt diejenigen, welche polnische Zeitungen nicht lesen, worum es sich handelt.

Zur Stärkung des polnischen Einflusses sollten in Dittmuth noch mehrere Versammlungen veranstaltet werden, damit sich das polnische Volk überzeugt, wer sein wahrer Freund ist. Das Volk muß deutlich erkennen, daß seine Partei nur die polnische Partei sein darf, nicht aber das Zentrum, welches sich als deutsche Partei bezeichnet hat.

Die aufrichtig polnische Geistlichkeit wird uns nicht im Stich lassen. Alle Erzählungen der Geistlichen und Laien vom Zentrum, daß wir eine nichtkatholische Partei seien, daß höchstens einige junge und unerfahrene Geistliche mit uns gingen, werden nichts nützen.

Es ist schade um die Worte der Herren vom Zentrum. Durch solche kecke Übergriffe untergraben sie nur ihren eigenen Einfluß und ihr Ansehen, und schaden sich bei dem polnischen Volke am meisten.

Immer mehr Geistliche treten offen, entschieden und mutig in die polnischen Reihen, weil es ihnen um die Verteidigung unserer kostbarsten Schätze, des hl. Glaubens und der polnischen Nationalität, um die Verteidigung des armen polnischen Volks, von dem sie abstammen, dessen Wohl und Wehe sie fühlen, zu tun ist.

Sie nehmen keine Rücksicht auf die Mächtigen dieser Welt, sondern sie treten als Apostel, den Makabäern ähnlich, auf, und setzen sich Unannehmlichkeiten und Verfolgungen aus.

Ehre sei ihnen dafür!

Aus Nr. 264 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 16. November 1911:

Zur Verteidigung unserer Jugend.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel fiel auf die polnische Volksversammlung in Schlesien die Nachricht betreffend die Entlassung von 8 Gymnasiasten in Gleiwitz.

Bei der vom Polizisten Herrn Kolontaj vorgenommenen Haussuchung wurden bei einem von ihnen, Theodor Obremba, einige polnische Bücher (von Sienkiewicz, Krajewski, ein polnisches Liederbuch, Wolne chwile [Mußestunden], Filareta) und ein Brief des Kassierers der „Schlesischen Unterrichtshilfe“, der an seinen Vater in Sachen einer bewilligten Beihilfe geschrieben war, vorgefunden.

Das ist ein Verbrechen, welches dem Gleiwitzer Lehrerkollegium und seinem Direktor Smolka genügt, einen Schüler wegen „deutschfeindlicher“ Bestrebungen zu entlassen.

Hätte das Gleiwitzer Lehrerkollegium, wenn Obremba z. B. französische, englische oder russische Bücher gehabt hätte, darin ebenfalls „deutschfeindliche“ Bestrebungen erblickt? Sind doch Rußland, Frankreich und England Feinde Deutschlands...

Warum beurteilt ein Kollegium von Gelehrten solche Angelegenheiten nicht vom wissenschaftlichen Standpunkt?

Warum mengt es die Politik in den Unterricht hinein? Polnische Romane und Lieder sollen Deutschland, Preußen und das Deutschtum gefährden?

Ist es in Preußen schon soweit gekommen, daß Romanbücher in der Hand der lernenden Jugend dem Staatsganzen gefährlich sind? Nein. Diese Befürchtungen sind durch nichts begründet, durch keine Beweise erhärtet.

Das Gleiwitzer Lehrerkollegium hat dadurch, daß es das Lesen polnischer Bücher verboten oder vielmehr ein solches Verdammungsurteil über sie ausgesprochen hat, sich selbst vor der ganzen nüchtern und vorurteilslos denkenden Welt abgeurteilt, selbst wenn es noch mehr Spuren oder „Beweise“ gegen die entlassenen Jünglinge gäbe, z. B. daß sie in Krakau gewesen wären, was zweien vorgeworfen wird, oder in Ostrowo, was einem vorgeworfen wird, oder daß sie zusammen verkehrt und gesungen hätten, was einmal geschehen sein soll.

Sie wurden am 11. November d. J. entlassen, und zwar außer Theodor Obremba, noch Gondzik, Strzypczyk und Ogan (Oberprima), Jegrodzki (Unterprima), Tomala und Krupa (Obersekunda) und Dzierzon (Untersekunda).

Eine interessante Rolle in dieser Angelegenheit spielte der Präsekt des Fürstbischöflichen Konvikts Münzberg. Dieser nahm einem der Gymnasiasten die Schrift Wolne chwile (Mußestunden) fort und übergab sie dem Gymnasialdirektor mit einer entsprechenden Erläuterung.

Daraus ersieht man vor allem, daß sich Präsekt Münzberg für einen einem preussischen Beamten gleichgestellten Kontrolleur der Jugend hält. Da dies eine politische Tätigkeit ist, so haben wir zu dieser Kritik das Recht und die Pflicht.

Haben Pfarrer Dr. Chrzonszcz und viele andere Geistliche unter dem gläubigen polnischen Volke Geldspenden gesammelt, damit der Präsekt der Anstalt, die ihr Entstehen teilweise diesen Spenden verdankt, in dieser Weise vorgeht? Für diese Spenden hat die polnische Bevölkerung erlebt, daß der Präsekt ihre Söhne verdächtigt und darüber weiter Anzeige erstattet. Billigt die Fürstbischöfliche Behörde eine solche politische Tat des Konviktspräsekten?

Wie wollen Präsekt Münzberg und Gymnasialdirektor Herr Smolka sowie das Lehrerkollegium ihr Vorgehen mit den Worten des Kaisers, daß uns die polnische Kultur (d. i. Wissenschaft und Wissen) niemand zu rauben beabsichtigt, vereinbaren? Bedeuten die Weisungen des Kaisers in Preußen so wenig?

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 257 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 10. November 1911:

„Ich bin Beamter, ich habe polizeiliche Gewalt in der Hand.“

Geschehen während der Kirchenvorstandswahlen in der St. Pius-Parochie in Berlin.

In einem kleinen Saale des Lokals „Andreasfestsaal“ ungeheurer Andrang, vor dem Tisch des Wahlvorstandes großes Gedränge. Der Wahlakt findet auf so langsame Art statt, daß die Leuten vergeblich warten, bis an sie die Reihe kommen wird, ihre Stimme abzugeben. Bis man am Vorstandstisch einen Menschen abfertigt, vergeht sehr lange Zeit. Diese unzulängliche Art der Stimmabnahme macht die Versammelten, die unfreiwillig ein römisches Bad nehmen müssen, ungeduldig und nervös. Im Saal werden Rufe laut: „Schneller, sollen wir denn bis morgen so stehen?“

Anstatt sofort den Wahlakt zu beschleunigen, verschränkte der Vorsitzende, Geistliche Breuer, die Arme und sagte von Zeit zu Zeit die Worte, die in den Bildern des „Alt“, die f. Zt. den Oberbürgermeister Kirchner darstellten, der vergeblich auf die königliche Bestätigung wartete, historisch geworden sind, die aber im Munde des Geistlichen Breuer geradezu aufreizend wirkten: „Ich habe Zeit, ich kann warten“.

Als aber die Unruhe im Saal größer wurde, als die schweißtriefenden Wähler sich zu empören begannen, als irgendwo Rufe ertönten, da sprang der Wahlleiter Breuer, der Propst der Parochie, auf einen Stuhl und rief mit erhobener Stimme in deutscher Sprache: „Ich bin hier Beamter, ich habe im Saal die Polizeigewalt in der Hand.“

Der Seelsorger der Parochie hat gegenüber den eigenen Parochianen, die durch die unmögliche Art der Durchführung der Wahlen gereizt waren, keine Worte der Liebe, des Verständnisses oder der Rücksicht gefunden, er hat sich nicht bemüht, mit sanften Worten die erregten Gemüter zu besänftigen, wie es einem katholischen Priester einzig und allein gebührt hätte, sondern er fühlte sich in diesem Augenblick als preußischer Beamter und drohte den Parochianen mit der Polizeigewalt als der, der den Saal gemietet hatte und die Wahlen in ihm leitete. Einem der Parochianen, der auf das Betonen seines amtlichen Charakters „leider“ rief, wodurch er bemerken wollte, daß dies nicht die richtige Art eines Dieners Christi sei, sich an seine Parochianen zu wenden, drohte er mit einer Klage.

Dieser charakteristische Fall der letzten Tage steht uns lebhaft vor Augen, angesichts dessen, was in Oberschlesien vorgeht, wo, wie dies unlängst in Ottmuth, im Kreise Strelitz, dicht an der Grenze des Kreises Oppeln geschehen ist, der Propst Drobig sich von der Kirche aus in Prozession in die Versammlung der Polen begab, um sie zu sprengen und das Volk gegen zwei polnische Amtsbrüder, die Abgeordneten Brandys und Sankowski, aufzuheizen.

Wie kann man sich hier über den Geistlichen Breuer wundern, wenn in Oberschlesien ein Zentrumsgeistlicher derart gegen seine eigenen polnischen Amtsbrüder vorgeht und sich nicht als Seelsorger fühlt, sondern nur als Agitator der Zentrumspartei, die der polnischen Bevölkerung ihre Rechte zu beschneiden beabsichtigt!

Möglich ist dies nur infolge des Umstandes, daß der höchste kirchliche Würdenträger in Schlesien, der Fürstbischof Kopp, bei dem Beschneiden dieser Rechte mit Hand anlegt, und zwar durch Erlass von Verfügungen, die den polnischen Geistlichen verbieten, zu ihren polnischen Wählern in andern Parochien ohne Genehmigung des zuständigen Ortspropstes, der natürlich dem Zentrum angehört, zu sprechen. Ähnliche Fälle werden sich wohl auch bald in Ermland ereignen, wo der dortige Bischof, dem Beispiel des Fürstbischofs Kopp folgend, eine ähnliche Verfügung erlassen hat.

Überall die gleiche verächtliche Behandlung des polnischen Volkes und der mit ihm gehenden Priester, überall das gleiche feindliche Auftreten gegen die berechtigten Bestrebungen der Polen, überall die gleichen Versuche, die bürgerlichen Rechte der polnischen Bevölkerung zu beschneiden, um sich bei der Regierung und den Behörden beliebt zu machen, die sich immer mehr daran gewöhnen, in den deutschen Geistlichen und Bischöfen Werkzeuge ihrer antipolnischen Politik zu erblicken.

Warum sollen sie sie auch nicht als ihre Werkzeuge betrachten, warum sollen sie nicht immer mehr von ihnen fordern, da sie ja doch selbst dem polnischen Volke gegenüber als Partei auftreten und freiwillig bei der Bekämpfung des Polentums die Rolle von Helfern der Regierung spielen; so hat z. B. der Fürstbischof Kopp für die Diaspora Brandenburg eine Verfügung erlassen, durch die er ausdrücklich die Einführung von polnischen Gottesdiensten und Predigten dort verbietet, wo solche bisher nicht üblich gewesen waren, trotzdem in den in Frage kommenden Parochien tausende von Polen leben, wie dies wieder die letzten Kirchenwahlen bewiesen haben.

Und dies geschieht zu der gleichen Zeit, in welcher in Bochum die protestantische Kirchenbehörde für die dort zahlreich wohnenden protestantischen Masuren besondere Gottesdienste eingerichtet und einen Pastor aus Schwarzwald, Kreis Adelnau, dorthin berufen hat, um ihnen das Wort Gottes in polnischer Sprache zu verkünden.

Kann man sich daher wundern, daß infolge eines solchen Verhaltens des Breslauer Fürstbischofs die weltlichen Behörden sich immer mehr in die inneren Angelegenheiten der Kirche einmischen und der Kirchenbehörde gleichsam diktiert, daß sie dort und dort für die polnischen Katholiken keine polnischen Gottesdienste einführen darf.

Unermesslich charakteristisch in dieser Hinsicht war der Ratschlag, den in der Marienparochie, im Südosten Berlins, die Deutschen den Polen erteilten, daß sie sich in Sachen der Einführung ständiger polnischer Gottesdienste mit Petitionen nicht an den Bischof, sondern an die Regierungsbehörde wenden sollten.

Es ist also kein Wunder, daß unter diesen Verhältnissen die Geistlichen in Schlesien und besonders in der hiesigen Emigration, die nur an ihre Zukunft denken und sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, daß sie den polnischen Parochianen wohlwollend gesinnt sind, allen berechtigten Forderungen derselben gegenüber taub bleiben und ihre Gleichberechtigung nur auf dem Gebiete der Gaben und Spenden für kirchliche Zwecke anerkennen, es ist also kein Wunder, daß in dieser Atmosphäre Geistliche heranwachsen, die sich ihren polnischen Parochianen gegenüber nicht von

den Worten Christi leiten lassen: „Kommet her zu mir, alle, die ihr bedrückt seid“, sondern die ihnen drohen:

„Ich bin Beamter, ich habe die Polizeigewalt in der Hand!“

Aus Nr. 21 des Robotnik Polski na Obczyźnie
(Berlin)

vom 1. November 1911:

Unter der Spitzmarke

„Pole und Katholik“

schreibt der Robotnik Polski na Obczyźnie u. a. folgendes:

Ein Mittel zu unserer Rettung vor dem Entnationalisieren in der Fremde ist der Zusammenschluß in den polnischen Vereinen, der Umgang mit Landsleuten, also mit Leuten, die nach Sprache, Religion, Sitten und Gebräuchen mit uns verwandt sind. Ein Mensch, welcher der beste Pole, national und religiös erzogen ist, aber abseits steht und mit seinen Stammesgenossen keinen Umgang hat, verliert wider Willen seine nationalen Eigentümlichkeiten; wenn er sich nicht germanisiert, so setzt er sich doch in jedem Falle großer Gefahr aus, er wird gleichgültig gegen alles was polnisch ist, was sowohl ihn wie seinen Eltern von Geburt an heilig war.

Großer, ja vielleicht der größten Gefahr wird der Pole ausgesetzt, wenn er die Bedeutung der Worte „Pole und Katholik“ nicht richtig versteht. Jeder Pole ist zugleich Katholik, ein treuer Sohn der römisch-katholischen Kirche. Unter uns gibt es keine Andersgläubigen (ausgenommen in Preußen), und deshalb hat sich unter dem Volke die Meinung herausgebildet, daß derjenige, der Katholik ist, auch Pole ist. Leider ist es nicht so. Pole ist nur der, der im Familienleben und im privaten Leben polnisch spricht und polnisch denkt. Nur der Katholik, der polnisch spricht, kann sich Pole nennen.

Die deutschen katholischen Vereine sind in der Fremde für den Polen vielleicht die größte Gefahr. Verwandt sind sie uns nur der Religion nach; sie hassen alles, was polnisch ist, sie schließen den aufgeklärten Polen von allen Ämtern aus, sogar in der Kirche. Das beweist der Umstand, daß sie die Polen nicht zulassen wollen zu den Ehrenämtern im Gemeindefkirchenrate und im Kirchenvorstande, obwohl es in mancher deutschen Gemeinde mehr Polen gibt als Deutsche. Die berechtigten Forderungen um Einführung polnischer Gottesdienste stoßen bei den deutschen Katholiken auf Widerstand, denn sie sehen darin einen Nachteil für sich. Wo ist also ihr katholisches Herz? Es ist ihnen weniger um die religiösen Angelegenheiten zu tun, als um die Entnationalisierung des polnischen Antömmelings.

Brauchen wir Katholiken und Polen deutschen katholischen Vereinen anzugehören, wenn wir unsere eigenen Vereine haben? Unser polnisch-katholische Glaube hat sich mit der Zeit gar sehr gefestigt. Kein Land auf der ganzen Welt, selbst das alte Rom nicht, hat so viele Glaubensmartyrer gezeitigt als das polnische. Jahrhunderte hindurch hat Polen gegen das Heidentum angekämpft.

Als in Deutschland und in den angrenzenden Ländern Martin Luther, Zwingli, Kalvin und andere gegen den heiligen Vater auftraten, fielen Tausende unserer Vorfahren auf dem Felde der Ehre für den katholischen Glauben. Bewahren wir daher den Glauben unserer Vorfahren, bekennen wir ihn in ihrer Sprache. Gott hat uns diese Sprache gegeben,

damit wir ihn nur in ihr loben. Und wenn diese Gebete wundertätig wirken, so ist das für uns ein Zeichen, daß die polnische Sprache vor dem Throne des Allerhöchsten verstanden wird. Gebet Gott, was Gottes ist, tragen wir aber unsere Schuld auch dem Polentume ab!

Aus Nr. 22 des Robotnik Polski na Obczyźnie
(Berlin)

vom 25. November 1911:

Wir überdauern.

Es genügt, die Zeitungen zu lesen, um sich zu überzeugen, daß verschiedene Mächte dieser Welt ihre Kräfte anspannen, um den Namen Polens von der Erdoberfläche verschwinden zu machen. Zu diesem Zwecke werden die Gesetzgebung, die öffentliche Aufklärung, die Ökonomie, das Vereinsleben gebeugt — mit einem Worte: alles soll dazu dienen, die Spuren des Polentums auf der Erde zu verwischen.

Sind wir imstande, alles das Böse zu hemmen? Nein, das liegt nicht in unserer Macht.

So werden wir denn der Übermacht dieses Bösen unterliegen? Die Tage des polnischen Volkes sind somit gezählt? Sollten wir verloren gehen?

Nein, nein! Nicht nur unser Glaube an die nationale Unsterblichkeit, nicht nur unser tiefes polnisches Empfinden, nicht nur die unbeugsame Sicherheit der polnischen Seele, sondern auch die Stimme des Verstandes, die Stimme der aus der Vergangenheit gesammelten Erfahrung, die Stimme der Geschichte sagt: nein, tausendmal nein!

Unser große Staszic hat gesagt: „Fallen kann ein großes Volk, untergehen aber nur ein elendes!“ Und diese Worte werden durch die Geschichte voll und ganz bestätigt.

Die Weltgeschichte der Völker ist eine fortgeleitete Reihe von Kämpfen der stärkeren Nationen mit den schwächeren. Und in diesen Kämpfen sind die Völker verloren gegangen, die schon vorher am Geiste gestorben waren, die im Meere der Mehrheit ihren Untergang gefunden, die gutwillig ihre Seelen unter die Herrschaft der Stärkeren gestellt haben. Völker aber, die nicht zahlreich, aber stark am Geiste waren, die ihre Abgesondertheit bewahrt haben, haben schwere Kämpfe überstanden und leben bis auf den heutigen Tag.

Furchtbar waren die Mittel, mit denen in früheren Zeiten der Feind den Feind bedrückte. Und doch überdauerte Griechenland die Kriege mit den Persern und Römern, es überdauerte die wilde Herrschaft der Türken und lebt heute noch — denn es hatte eine große nationale Kultur, es war stark am Geiste. Unter den slawischen Völkern sind nur die verloren gegangen, die sich gutwillig mit der fremden Kultur verschmolzen haben. Die südlichen Slawen dagegen haben die türkische Knechtschaft überdauert. Litauen ist aus der Umgarnung der Kreuzritter ganz hervorgegangen, die Tschechen sind in der mehrere Jahrhunderte währenden Knechtschaft und Bedrückung nicht verloren gegangen. Die amerikanischen Ansiedler aus der ganzen Welt haben gutwillig die englische Sprache und Kultur angenommen, aber das kleine Irland hat sich angesichts des mächtigen England erhalten und lebt, es hat seine eigene Kultur, seinen eigenen Geist.

Überall, überall sehen wir daselbe. In der Tierwelt behaupten sich die Kreaturen, welche die schärfsten Zähne und die geschmeidigsten Muskeln haben und so die schwächeren verzehren. Die Völker aber besitzen außer den physischen Kräften auch geistige, und wo diese in den Kampf kommen, da bedeutet die Übermacht nichts.

Wir müssen deshalb fortwährend unsere Seele stärken, sie wahrhaft polnisch erwärmen, die polnische Kultur verbreiten, den polnischen Verstand bilden, die polnische Vergangenheit lieben, dann werden wir alles Böse, das man uns gegenüber entfacht hat — überdauern!

Aus Nr. 133 des Głos Wychodzey (Herne)
vom 7. November 1911:

Die Abgeordnetenkrankheit der Leiter der polnischen Berufsvereinigung und der Brudermord.

In der gegenwärtigen Zeit, in welcher die polnische Volksgesamtheit sich damit beschäftigt, wem sie als Vertreter des Volkes in Berlin die Abgeordnetenwürde verleihen und wem sie in dieser Zeit den Laufpaß geben soll, frankten viele Personen in unserer Volksgesamtheit an der Krankheit, Abgeordneter zu werden. Man teilt uns mit, daß in Oberschlesien in einem Bezirke zwei Kandidaten aufgestellt worden sind und zwar der Vorsitzende des Zentralvorstandes der polnischen Berufsvereinigung Sosinski und der Sekretär Rymer. In der Aufstellung von Abgeordneten kandidaten würden wir nichts neues sehen, denn dies werden wir mit Leib und Seele unterstützen, aber die Aufstellung der vorerwähnten Kandidaten in einem Kreise halten wir für unrichtig und schädlich für die junge Bewegung in Oberschlesien.

Es handelt sich uns nicht um die Person, aber wir bemerken, daß Herr Sosinski schon längst am Größenwahn leidet und denken wird, ein großer Mann zu sein, wenn er Abgeordneter werden wird. Bekannt sind der Volksgesamtheit die brudermörderischen Wahlen und die Sezession in Posen, wo sich Herr Sosinski trotz der Warnung gutgesinnter Leute gründlich blamiert hat. Daß sich Herr Sosinski auch hier um einen Abgeordnetenitz bemühen wird, und daß ihn die Presse des polnischen Zeitungskönigs in Schlesien unterstützen wird, daran zweifeln wir nicht. Andererseits ist Rymer ein geborener Schlesier, durch den Willen des Volkes aufgestellt; natürlich ist der Bruderkrieg fertig.

Wenn der Verstand, den man bei Herrn Sosinski nicht erwarten kann, da er an Ruhmsucht leidet, nicht siegen wird, dann kann diese Angelegenheit für die polnische Berufsvereinigung und die junge Bewegung in Schlesien empfindliche Folgen haben.

Möge dies ein Fingerzeig für die Zeitungen sein, die sich von der Gerechtigkeit und dem Wohl der Gesamtheit in Schlesien leiten lassen.

Aus Nr. 263 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 15. November 1911:

Bochum, den 11. November.

Mittwoch, den 8. d. Mts., fand in Bochum eine Sitzung des „Straßvereins“ statt, in welcher unter anderem über „die polnische Fraktion im Reichstage“ beraten wurde. Als man von einem Gaste erfahren hatte, daß es feststeht, daß im Großherzogtum Posen und Westpreußen nur solche Kandidaten aufgestellt würden, welche von vornherein erklären, daß sie im Reichstag für die Erhöhung der Zölle stimmen werden, wurde die Diskussion lebhafter. Man wollte nicht glauben, daß das Komitee bzw. das Volk sich solche Abgeordnete wünschen könnte. Es wird doch fortwährend gepredigt, daß jeder vom polnischen Volke gewählte Abgeordnete alle Stände vertreten

soll — und sollte das wahr sein, daß man nur solche Abgeordnete wählen wolle, welche für die Erhöhung der Zölle stimmen würden, so werden in Posen und Westpreußen nur Standesabgeordnete gewählt werden. Warum also dem Volke einerseits Sand in die Augen streuen und andererseits anders handeln?

Inbetreff der Zollfrage wurde gesagt: Durch die Erhöhung der Zölle wird die billige Getreidezufuhr aus Russisch-Polen und Galizien, wo unsere Brüder wohnen, enteignet, und dieses Getreide kaufen jüdische Spekulanten und Börsenmänner auf und importieren es als Umwandlungsprodukt auf Grund der Börsenprivilegien ins Land und verkaufen es zu hiesigen Preisen unseren Brüdern.

Weiter wurde gesagt, daß die polnische Fraktion nur in den seltensten Fällen den Sieg nach dieser oder jener Seite hin entscheidet und daher unparteiisch sein könnte und in solchem Falle Hunderttausenden von polnischen Arbeitern, welche in den verschiedenen Orten Deutschlands zerstreut wohnen und gezwungen sind, mit dem deutschen Sozialismus einen großen Krieg zu führen, nicht die Waffe aus der Hand zu nehmen brauchte.

Man schnitt auch die Frage an, daß in Deutschland mehr Polen von der Industrie als von der Landwirtschaft lebten, und daß man dadurch dem allgemeinen Wohlstand der polnischen Bevölkerung Schaden zufüge, denn $\frac{1}{3}$ unsrer Landwirte gewönne niemals soviel durch den Getreidezoll, wie alle Arbeiter und Handwerker durch die Verteuerung der Lebensmittel verlor.

Die Versammelten hätten daher die polnische Presse, die unsere Gesamtheit so sehr angehende Angelegenheit zu berühren, weil sonst etwas geschehen könnte, was später der Gesamtheit Schaden bringen würde.

Kilof aus Westfalen.

Die obige Angelegenheit ist schon nach der Richtung hin erledigt, daß die zukünftige polnische Fraktion nicht für die Erhöhung der Zölle sein soll, sondern für die Beibehaltung der gegenwärtigen und zwar im Interesse der polnischen Landwirtschaft, welche, sei es wie es wolle, doch den Grundstein unsrer nationalen Wirtschaft bildet. Wer weiß, ob es jedoch nicht besser wäre, wenn die polnische Fraktion sich gar nicht in diese Angelegenheit mischen würde.

Hauptsächlich im Hinblick auf diesen Gedanken bringen wir die obige Korrespondenz.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 257 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 10. November 1911:

Krakau, 7. November 1911.

Eröffnung einer Schule für sozialpolitische Wissenschaften.

Erst am Sonnabend sind die Kurse der Schule für politische Wissenschaften an der Jagellonischen Hochschule eröffnet worden, und schon haben wir die Tatsache der Eröffnung einer zweiten Schule, zur Abwechselung einer sozialpolitischen zu verzeichnen. Während man jene die „konservative“ nannte, nennt diese sich „fortschrittlich“, und ihr Initiator ist die bekannte polnische Volkswirtschaftlerin Dr. Sophie Daszynska-Golinska.

Die Eröffnung dieser neuen Schule erfolgte am Montag in dem dicht mit Publikum gefüllten Saale des technischen Vereins. Die einleitende Rede hielt im Namen des Vorstandes der neuen Anstalt der Rechts-

anwalt Dr. Gertler. Er bemerkte, der Gedanke, eine Schule für sozialpolitische Wissenschaften auf Krakauer Boden zu gründen, habe bereits einige Jahre bestanden. Man habe sogar ein Statut verfaßt und dessen Bestätigung erlangt. Die Konstituierung des Vereins sei jedoch erst vor Jahresfrist erfolgt. Heute beginne er seine Tätigkeit.

„Unser Institut“ — so sagte Dr. Gertler — „entstand aus der allgemeinen Überzeugung von der Notwendigkeit, das sozialpolitische Wissen zu vertiefen. Es gibt bei uns sehr viele gebildete Leute, die jedoch infolge Mangels an Bildung gerade nach dieser Richtung hin der Volksgemeinschaft nicht so dienen können, wie sie es möchten. Die Schule für sozialpolitische Wissenschaften hat eben die Aufgabe, diese schulgemäße Ausbildung zu vervollständigen und der Volksgemeinschaft Leute zu liefern, welche Verständnis für ihre Bedürfnisse besitzen. Zu diesem Zwecke werden halbjährige und einjährige Seminarkurse eingerichtet werden, welche Leute mit höherer Bildung in den betreffenden Wissenszweig einführen. Die Krakauer Schule für sozialpolitische Wissenschaften hat sich zur Devise gemacht, reines, durch keine Parteirücksichten getrübbtes Wissen zu verbreiten. Muster haben wir nicht vor uns, daher werden auch die Anfänge der Arbeit schwere sein; aber mit der Unterstützung durch die Volksgemeinschaft wird es zweifelsohne gelingen, das Institut gehörig zu entwickeln.“

Sodann nahm Frau Sophie Daszynska-Golinska das Wort, um den fortschrittlichen, jedoch parteilosen Charakter der Schule hervorzuheben. Dann gedachte sie des ähnlichen Lemberger Instituts, das jedoch nicht lange bestanden habe. Es habe ihm an Fonds und an der energischen Förderung seitens der Volksgemeinschaft gefehlt. Gegen die Leute, welche in diesem neuen Krakauer Institut arbeiten wollen, beginne die konservative Presse eine Attacke; sie tue das in Verteidigung der auf dem Boden der Universität in christlich-sozialem Sinne entstandenen Schule.

Nach dieser Ansprache begann der Vortrag des Herrn Titus Filipowicz über „Die Schule für sozialpolitische Wissenschaften in London“.

Aus Nr. 517 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 11. November 1911:

Die entzweiten Hohenzollern.

Die Fronde des deutsch-preussischen Thronfolgers, Kronprinz Friedrich Wilhelms gegen Kaiser Wilhelm und seinen jetzigen Reichskanzler ist die größte Sensation des Tages nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa geworden. Für Wilhelm II. ist es jedenfalls ein sehr empfindlicher Schlag. Ein Verlehrer der Legitimität von Gottes Gnaden, ein konstitutioneller Autokrat, der sich „sic volo, sic jubeo“ zur Maxime gemacht hat, hat nach vielen anderen unangenehmen Enttäuschungen auch noch erlebt, daß sich heute sein eigener Sohn seinem Willen nicht unterwirft, sondern in einer wichtigen politischen Frage in einer, von dem Gesichtspunkte der Hofetikette aus betrachtet, geradezu skandalösen Weise öffentlich eine andere Ansicht kundgibt.

In der Familie Hohenzollern gehören Fronden der Thronfolger und völlige Ummwälzungen, nachdem sie den Thron übernommen haben, nicht zu den Seltenheiten, im Gegenteil, sie gehören sogar zur Tradition dieses Geschlechts. Schon der erste preussische König Friedrich fröndierte gegen seinen Vater, den „großen“ Kurfürsten, und nach seinem Tode änderte er vollständig das Treiben des Hoflebens und die Richtung

der Hofsolitik. Dasselbe tat sein Sohn Friedrich Wilhelm I., der mit einem Male mit dem Hofsomp seines Vaters brach, eine beinahe bürgerliche Lebensweise am Hofe einführte, banale Tabakskollegien mit Bier veranstaltete, und als seine Hauptannehmlichkeit die Dressur seiner Riesenrekuten und das Verhauen seiner Untertanen mit dem Stock betrachtete. Auch er ist mit seinem erstgeborenen Sohn, dem späteren Friedrich II., in Zwist geraten, der den Pfeifenrauch und die grobe Tafelrunde seines Vaters verabscheute, dafür aber die französische Poesie und Philosophie liebte. Dieser Zwist spitzte sich dermaßen zu, daß der Vater seinen Sohn in der Festung Küstrin einsperrte und seinen getreuen Adjutanten Ratte vor dem Fenster seiner Gefängniszelle hinrichten ließ. Dagegen hat der Neffe Friedrich II. als Thronfolger gegen die Politik seines Oheims intrigiert und ihm das Leben im Alter sauer gemacht.

Der spätere König von Preußen und erste Kaiser von Deutschland, Wilhelm I., hat im Jahre 1848 als schon bestimmter Nachfolger seines kinderlosen Bruders Friedrich Wilhelm IV. seine konstitutionellen Konzessionen hartnäckig bekämpft, weswegen er aus Berlin flüchten mußte, und zum zweiten Mal hat er im Jahre 1858 eine Fronde veranstaltet. In frischer Erinnerung sind aber noch das mehrfache oppositionelle Auftreten des späteren Kaisers Friedrich gegen Wilhelm I. und dem allmächtigen Bismarck.

Aber auch der gegenwärtige Kaiser Wilhelm II. besitzt ein ähnliches Blatt in seinem Leben. Es ist doch bekannt, daß er im Jahre 1888 zusammen mit Bismarck gegen die persönliche Politik seines im Sterben liegenden Vaters, und in noch größerem Maße gegen seine Mutter, die Kaiserin Viktoria intrigiert hat. Er kann es also seinem Sohne nicht sehr übel nehmen, daß er denselben Weg gegangen ist und sich seinem „volo et jubeo“ nicht unterwerfen will.

Die gegenwärtige Fronde des jungen Kronprinzen Friedrich Wilhelm gegen seinen Vater unterscheidet sich aber von den früheren dadurch, daß, während sie ausschließlich Hof- und Familienangelegenheiten oder Gebiete der inneren Staatspolitik betrafen, die gegenwärtige auf das Gebiet der großen Auslandspolitik übergreift. Und das erklärt, warum das vorgestrichene Auftreten des deutschen Thronfolgers auch außerhalb Deutschlands einen so großen Eindruck gemacht hat.

Schon aus der Rede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg ging klar hervor, wie bedrohlich der Zank um Marokko mitunter für den europäischen Frieden gewesen war. Die Friedensverhandlungen Deutschlands mit Frankreich wurden nur zu häufig von den gegen jegliche Expansion Deutschlands bestehenden englischen Einflüssen bedroht. Es ist so weit gekommen, daß die deutsche Regierung durch eine nach London gesandte besondere Note gegen die fortwährende Einmischung in ihre Angelegenheiten mit Frankreich entschiedenen Verwahrung einlegen mußte. Man muß gerechterweise zugeben, daß Deutschland in diesem Falle eine außergewöhnliche Zurückhaltung und eine ausnahmsweise Mäßigung bewiesen hat. Es kann sein, daß es aus Besorgnis vor einem Kriege so gehandelt hat. Doch wenn es aus Anlaß des Marokkokonflikts zum Kriege nicht gekommen ist, so ist es in jedem Falle hauptsächlich das Verdienst des jetzigen deutschen Reichskanzlers und seines Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten v. Kiderlen-Wächter, unmittelbar aber auch Wilhelms II., der in diesem Falle die Friedenspolitik seines Reichskanzlers nicht nur nicht verwirrte und nicht verdarb, sondern sie sogar noch unterstützte. Er hat gerade in diesem Falle seine eigene Natur sowie seine ganze Vergangenheit abgestreift und damit Europa die größte Überraschung bereitet.

Tatsache ist, daß sich Deutschland mit verhältnismäßig bescheidenen KonzeSSIONen begnügt hat, um nur einen Krieg zu vermeiden. Daß das in den Augen der dunkelhaften preußischen Junker einer Erniedrigung Deutschlands gleichkommt, darüber darf man sich nicht wundern. Sie sind schon zu sehr an die Rolle „der Herren der Welt“ und an den ihnen durch Bismarck eingetrichterten Grundsatz „Macht geht vor Recht“ gewöhnt. Ihre Erbitterung fand auch treffenden Ausdruck in der Rede ihres Führers, des preußischen Konservativen von Heydebrand, der sich nicht entblödete, Beleidigungen und sogar Drohungen gegen England auszusprechen.

Und gerade darin liegt eine nicht geringe politische Bedeutung der gegenwärtigen Fronde des preußischen Thronfolgers, daß er an öffentlicher Stelle, von der Hofloge des Deutschen Reichstages aus, diese Drohungen gegen England sowie alle anderen internationalen Provokationen des junkerlichen Redners mit ostentativem Beifall begleitet hat.

Der junge preußische Prinz, der einst an der Spitze des mächtigen deutschen Kaiserreichs stehen soll, hat sich damit öffentlich für den Krieg erklärt, für eine Politik des Blutes und Eisens, und das aus einen verhältnismäßig geringfügigen Grunde. Er hat damit wie ein Wiener Blatt sehr richtig bemerkt hat, das erste Mal sein Gesicht gezeigt, und dieses Gesicht wird manchen ausländischen Staat gewiß sehr beunruhigt haben. Das persönliche Empfinden der Herrscher konstitutioneller Staaten ist zwar hinsichtlich der Richtung der auswärtigen Politik dieser Staaten nicht maßgebend, doch in manchen von ihnen übt es gerade auf diesem Gebiete noch einen großen Einfluß aus. England, welches das selbst erfahren hat während der Regierung Eduards VII — weiß jetzt, was es von dem künftigen Herrscher Deutschlands zu erwarten hat. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß das vorgestrichene Intermezzo des Kronprinzen nebst dem ganzen Inhalt und Ton der im deutschen Reichstage gehaltenen Reden der englisch-deutsche Antagonismus noch mehr vertiefen wird und daß es gleichzeitig eine ernste Warnung für Frankreich ist, sich vor Deutschland auch in Zukunft in acht zu nehmen.

Angeht dessen ist auch die Entrüstung des größten Teils der deutschen Presse über dieses erste selbständige Auftreten des jungen Hohenzollern verständlich. Er hat nämlich den ganzen Friedenseffekt und in diesem Falle die Politik seines Vaters und jetzigen Reichsfürstentums vollständig verdorben. Als vergeblich haben sich die in dieser Sache gebrachten Opfer erwiesen, jene bedeutenden KonzeSSIONen zugunsten Frankreichs, die gemacht worden sind, um sein Vertrauen zu gewinnen um Englands Unmut zu entwasfen. Der Beifall des Thronfolgers hat das alles verdorben und Wilhelm II. hat in diesem Falle umsonst die Toga des Friedenswächters umgenommen.

Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß dieses Intermezzo den Mißklang zwischen ihm und seinen Sohn noch verschärfen wird. In diesem Mißklang war, soweit seine Paripation dem Publikum bekannt waren, die Sympathie der Gesamtheit auf Seiten des Thronfolgers. Seine einfache etikettelose Lebensweise, seine Vorliebe für das Theater und verschiedene andere seiner Charakterzüge haben weiteren Kreisen und besonders den Berlinern sehr gefallen. übrigen hat er es auch verstanden in gewissen polnischen Kreisen gewichtige Hoffnungen wachzurufen, besonders durch seine Höflichkeit bei dem Besuch des Kurniker Schlosses und durch sein ganzes Verhalten bei der Eröffnung der Ostdeutschen Ausstellung in Posen. — Heute wird sich gewiß sowohl in Berlin wie in Posen die

Meinung über diesen Prinzen geändert haben. Die Kampfesfreudigkeit, die er gestern gezeigt hat, wird ihn mit dem ihm seit langen nicht wohlgefinnten Hafatisten versöhnen, dagegen wird sie aber die deutsche Bürgerschaft beunruhigen, die den Frieden wünscht, aber auch für jene polnischen Kreise wird es gewiß eine berebte Warnung sein, daß sie auf die Individualität des künftigen Herrscher Preußens und Deutschlands nicht größere Hoffnungen setzen dürfen, denn diese Individualität, die vorgestern mit einem Mal so grell zu Tage getreten ist, kann sich in einer Richtung bemerkbar machen, welche der polnischen Bevölkerung durchaus nicht erwünscht sein kann.

Aus Nr. 134 des Deutschen Volksblatts für Galizien
(Lemberg)

vom 10. November 1911:

Früchte der Autonomie.

Es war eine Mispel, das Stückchen Land, das Maria Theresia bei der dritten Teilung Polens dem Stamme ihrer Länder aufpfropfte und langsam kommt man heute in Österreich zu der Überzeugung, es wäre besser gewesen, wenn Österreich niemals in den Besitz Galiziens gelangt wäre. Denn seit jener Zeit zehrt dieses Land an dem Marke Österreichs, bildet es ein bodenloses Faß, indem alljährlich Millionen von Steuergeldern der übrigen Reichsteile spurlos verschwinden, ohne Nutzen für den Staat, ja in gewisser Hinsicht zur Waffe gegen denselben werdend. Man werfe nicht ein, daß doch auch Galizien einen Posten in den Einkünften des Staatshaushaltes bildet; aus einem leeren Sacke kann nichts herausgenommen werden. Im Laufe der Jahre erhielt Galizien seine Autonomie. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, dachte man, wo dieses Land, nachdem es durch so viele Jahre hindurch gepöppelt und aus dem Staatsfädel gestopft wurde, nunmehr daran gehen werde, selbständig zu wirtschaften, zu leben.

Die Erwartungen täuschten nicht. Galizien begann eine ganz selbständige Entwicklung zu nehmen, aber in einem ganz anderen Sinne, nach einer unerwarteten Richtung hin. Von einem wirtschaftlichen Aufschwung dieses Landes ist wenig zu verspüren, jedenfalls steht er in gar keinem Verhältnis zu den unter den verschiedenen Titeln durch den Polenklub für den angeführten Zweck vom Staate herausgepöppelten Summen. Die Entwicklung vollzog sich nach der nationalen Seite hin. Die Presse, die Geistlichkeit, die Zentralverwaltung des Landes, vor allem aber die Schule, angefangen von der niederstorganisierten Dorfschule bis hinauf zur Universität, begann eine planvolle Arbeit, um der Jugend und dem Polenvolke das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einem fiktiven polnischen Königreiche einzupflanzen. — Wenn auch die Vorstellung dieses Königreiches außerordentlich schemenhaft, nebulos war und ist, woraus wieder folgt, daß auch die Erziehung zu Bürgern dieses „Zukunftstaates“, dessen Realisierbarkeit ähnlich der des Th. Herzelschen Staates und zwar aus ähnlichen Motiven unmöglich ist, vorläufig nur phantastische Formen annehmen konnte, so war doch ein Teil der Erziehungsarbeit der genannten Faktoren, den man den „entwöhnenden“ nennen könnte, außerordentlich intensiv und erfolgreich. In erster Linie war das Bestreben sämtlicher beteiligten Faktoren darauf gerichtet, aus der Brust der Bevölkerung jedes Fünkchen „österreichischen Bewußtseins“, österreichischer Reichszugehörigkeit zu verbannen, zu ersticken. Leicht ging

es von Anfang nicht; allzu lebhaft war noch die Erinnerung an die von Österreich empfangenen Wohltaten und an den früheren Terror durch die Blutsbrüder, als daß man sich im Volke für die Fiktion eines eigenen Königreiches, vor dessen Toren wiederum die Rutte und der Tyrannenstab Wache standen, allzusehr begeistert hätte. Instinktiv fand das Volk die richtige Abwehr gegen die ungebetenen Propheten und mancher von ihnen bezahlte seine Mission mit dem Halse. Doch taten List und Gewalt das ihrige. Im Laufe der Jahre wuchs der nationale Fanatismus und loderte einige Male in hellen Flammen empor; stets aber verflachte diese Flamme im Winde. Mit der Zeit suchte er sich, nachdem die Revolution doch ein gefährliches, für alle Fälle aber ein verdammt ungewisses Ding ist, andere Abzugskanäle; er verfolgte und unterdrückte andere im Lande wohnende Nationalitäten. Mit blutigen Lettern hat sich das Andenken des allpolnischen Fanatismus in die Blätter der Märtyrergeschichte des deutschen und ruthenischen Volkes eingeschrieben. Und wenn diese Martyriologie schon Geschichte geworden wäre! Sie ist noch immer Gegenwart, bittere, furchtbare Gegenwart!

Heute ist es in Galizien so weit gekommen, daß die Bezeichnung „Österreicher“ fast als Schimpfwort empfunden wird. Der Fanatismus feiert Orgien. Er hat als Begleiterscheinung eine Spezialität gezeitigt, nämlich die nationale Borniertheit. Schwer ist es, sich ein leichtgläubiges Völkchen zu denken, als es der Durchschnittspole ist. In nationaler Beziehung von einer unglaublichen Enge und Einseitigkeit, wittert er überall Feinde, ist gegenüber der Presse von einem blinden Vertrauen erfüllt und damit ein willenloses gefügiges Werkzeug — der auf die Dummheit des Publikums spekulierenden Politiker. Selten übt in einem Lande die Presse eine derart unbedingte Herrschaft über die Gemüter aus, als es in Galizien die polnisch-nationale tut. Es herrscht der Schmock! Der so geartete galizische Pole spricht nun stets von einem „Königreiche Polen“ — damit meint er in erster Linie Galizien, als weiteren Begriff verbindet er damit das russische „Weichselgouvernement“, bezeichnet jede, wenn auch geheuchelte Regung des österreichischen Patriotismus sofort als „Kriecherei, Liebedienerei, Byzantinismus usw.“ Die Presse schlägt einen Ton an, wie er eben nur in Österreich, resp. Galizien möglich ist.

Bis zu welchem Grade bereits die Entfremdung des polnischen Teiles der galizischen Bevölkerung von unserem Vaterlande Österreich — hiervon wäre allenfalls der konservative Teil dieser Bevölkerung auszunehmen — gebiehet ist, lehrt die Lektüre der galizisch-polnischen Tagesblätter. Vor kurzem bezeichnete eines derselben als eines der Hauptverdienste des verstorbenen P. Stojalowski die „Entösterreichisierung des Landvolkes“, (odaustryaczenie ludu wiejskiego). Am lehrreichsten jedoch ist in dieser Hinsicht die Lektüre des Kurjer Lwowski vom 31. Oktober l. J. Hier zeigt sich am unverhülltesten die Denkungsart der heutigen Allpolen. Das Substrat des Leitartikels der angeführten Nummer bildet ein Angriff auf Bilinski's „österreichische Politik“. Bekanntlich segelt Bilinski direkt dem Ministerpräsidentenstuhle zu und muß zu diesem Zwecke der Regierung hie und da einige Artigkeiten sagen.

Hiersfür wird er nun heftig bekämpft. Wir lesen unter anderen folgende Sätze: Entschieden war bis jetzt noch kein Polenklub derart bar aller Elemente des polnischen Gedankens (Staatsidee) wie der Klub des H. Bilinski. Anechtsfeligkeit gegenüber der Regierung, der Dynastie und „österreichischen Notwendigkeiten“ — wie geflüchtig das Wort „Staatsnotwendigkeiten“

vermieden wird — bildete stets das Hauptcharakteristikum (sic!), die dauernde, traditionelle hereditäre Eigenschaft des Polenklubs (sic!) Nach unzähligen Ausfällen gegen Herrn v. Bilinski und seine „österreichische Politik“ schließt der Artikel mit folgenden sehr bezeichnenden Sätzen: Diese Politik wird entschieden auf der Plattform der „moralischen Unterwerfung Polens“ durch den österreichischen politischen Gedanken (Staatsgedanken) wandeln.

Es verwundert eins, daß sich nämlich das polnische Volk so leicht und ohne Protest durch die Ambassadeure des „österreichischen Gedankens in Polen“ unterwerfen läßt.

Die Entwicklung der Dinge in Galizien hat eine Form angenommen, die sehr lebhaft an das Märchen von den Boten des Todes erinnert. Grillparzer würde jedenfalls für sein „In Deinem Lager ist Österreich“ in Galizien gesteinigt werden.

Aus Nr. 134 des Deutschen Volksblatts für Galizien (Lemberg)

vom 10. November 1911:

Die gegenwärtige Lage des katholischen Deutschtums in Galizien.

Von einem katholischen Deutschen des Bundes der christlichen Deutschen in Galizien.

II.

Das Kirchenwesen.

Noch schlimmer, als mit dem Schulwesen, steht es mit der Kirche. Während zum Beispiel der Herr Erzbischof in Lemberg dafür sorgt, daß die Polen im Deutschen Reiche und in Amerika polnische Priester bekommen — er schickte in diese Länder polnische Priester aus Galizien — sorgt er nicht dafür, daß auch die kath. Deutschen in Galizien deutsche Priester bekommen, die mit den Pfarrkindern fühlen würden. In Galizien bestehen gegenwärtig in folgenden deutschen Gemeinden katholische Pfarrkirchen und Pfarrämter: Alzen — hat polnisch-gefinnte Pfarrer — Beckersdorf bei Podhajce — obwohl diese Gemeinde rein deutsch ist, Kirche und Pfarrhaus nur von Deutschen und nur mit deutschem Gelde (45 000 K.) gebaut wurden und die Gemeinde noch 30 Joch Pfarrgrund geschenkt hat, wurde ein polnischer Pfarrer angestellt, der nur polnische Predigten und Gebete einführt. Vom Deutschen will der Pfarrer nichts wissen. — Biala hat polnische Pfarrer — Bruckenthal — hier war ein Pfarrer, der wollte die Gemeinde mit Gewalt polonisieren; er schimpfte die Deutschen von der Kanzel herab lästerlich, bis er endlich im Jahre 1907 strafweise versetzt wurde. — Falkenberg — diese Kirche ist ganz polonisiert, die Deutschen wehrten sich dagegen verzweifelt, aber schließlich wurden sie erdrückt. — Fehlbach — diese Kirche ist ganz polnisch, obwohl die Gemeinde ganz deutsch ist! Felizienthal — diese Pfarrgemeinde liegt im ruthenischen Sprachgebiet, zählt 2000 Seelen, durchwegs Deutsche. Der Pfarrer ist ein Pole; wenn 20 Polen von weit her in die Kirche kommen, hält er ihnen zuliebe eine polnische Predigt. Der Gemeinde Annaberg redete er zu, die Schule zu polonisieren und als Gemeindefreier von Felizienthal polonisiert er die Namen der Deutschen. — Kaisersdorf — hat einen Pfarrer deutscher Abstammung. In den polnischen Anstalten wurde er aber polonisiert, was auch daraus

hervorgeht, daß er am Kirchweihfest der reindutschen Gemeinde, eine polnische Predigt hielt. — **Königsau** — hat einen polnischen Pfarrer. — **Kunzendorf** — hat nur polnische Pfarrer, die die Polen überall bevorzugen und das Deutsche vernachlässigen. — **Ludwikowka** — ist gegenwärtig mit seinem Pfarrer zufrieden. — **Machliniez** — der gewesene Pfarrer wollte in die deutsche Pfarre, zu der Machliniez, Nowosiolo, Kornelowka und Wola Oblaznica mit 2000 deutschen Seelen gehören, eine polnische Gemeinde einpfarren und eine deutsche Gemeinde auspfarren, damit er die Pfarre leichter polonisieren könnte, dagegen wehrten sich die Deutschen so sehr, daß dieser Pfarrer im Jahre 1911 versetzt werden mußte. — **Mariahilf** — bei Kolomea, eine reindutsche Pfarrgemeinde von 1300 Seelen, hatte bis zum Jahre 1908 einen polnischen Pfarrer, der die Kirche, und die Jugend mit Gewalt polonisieren wollte. Den Religionsunterricht erteilte er nur polnisch. Die Deutschen wehrten sich dagegen mit Erfolg. — **Münchenthal** — hier ließ der polnische Pfarrer die Deutschen einsperren, weil sie in der Kirche nicht polnisch, sondern deutsch sangen. „Der deutsche Gesang gehört auf die Hutweide“, sagte er, „nicht in die Kirche“. Im Jahre 1911 wurde dieser Pfarrer endlich versetzt. — **Neu-Kalusch** — gehört zur Pfarre Kalusch, wo trotz der 900 Deutschen, die zu dieser Pfarre gehören, nie deutsch gepredigt oder gebetet wird. **Wilhelmsau** — die Geistlichen sind beide polnisch. Die Deutschen 1400 an der Zahl, sprechen vor und nach dem Gottesdienst nur deutsch, in der Kirche ist alles nur polnisch. — **Weißenberg** — der Pfarrer ist polnisch und die Kirche ist ganz polonisiert. — **Wiesenberg** — der Pfarrer ist ein Pole und betrachtet eine deutsche Predigt nur als eine Gnade für die Deutschen, sonst arbeitet er auf die Polonisierung der Kirche hin, weshalb schon viele Beschwerden von den Deutschen erhoben wurden. An den größten Festtagen predigt er nur polnisch. Die Kirche wird von 90 v. H. Deutschen besucht. So schaut es in den 17 Pfarrkirchen in den deutschen Gemeinden aus! Alle übrigen kath. deutschen Ortschaften gehören zu Pfarrkirchen in nicht-deutschen Ortschaften, wo trotz ihrer großen Zahl nie ein deutsches Gebet oder eine deutsche Predigt stattfindet. So gehören, um nur einige Beispiele anzuführen, zur Pfarre in Dolina bei 2000 Deutschen, zur Pfarre in Dobromil 500, zur Pfarre in Uhnów 300, zur Pfarre in Kamionka Strumilowa 600, zur Pfarre in Grodek 200, zur Pfarre in Zimnawoda 350, zur Pfarre in Dublanj 350, zur Pfarre Borowa 250, zur Pfarre Jaslanj 400 Deutsche ohne auch nur einmal das Wort Gottes in ihrer Muttersprache zu hören. Vielmehr wird ihnen von seiten der polnischen Pfarrer gesagt, daß deutsch lutherisch ist, daß ein guter Katholik nur ein Pole sein kann, daß die Mutter Gottes eine Polin war und nur polnisch versteht und insolgedessen auch der Heiland ein Pole ist.

Schlufwort.

Wenn ein Volk so durch die Kirche und durch die Schule seines natürlichen Volkstums und seiner Muttersprache beraubt wird und lange Zeit bis zur Gründung des Bundes der christlichen Deutschen in Galizien (1907), von allen Seiten verlassen und schutzlos dasteht, so muß man sich eigentlich noch wundern, daß die Leute doch bis heute ihre Sprache unter sich noch pflegen. Aber diese Verheerungen, welche die Polonisierung in den kath. deutschen Siedlungen Galiziens angerichtet hat, sind furchtbar. In manchen solcher Gemeinden findet man weder Seife noch Handtuch an; die Leute können weder deutsch noch polnisch lesen oder schreiben. Die ehemalige Ordnung, Reinlichkeit und Fleiß sind

dahin, der früher mustergültige Ackerbau und die Viehzucht sind zurückgegangen und auch die wahre Religiosität ist geschwunden. Wahrlich, das katholische deutsche Volk in Österreich hat allen Grund, sich seiner Volksgenossen in Galizien anzunehmen. Der „Bund der christlichen Deutschen in Galizien“ in Lemberg, Zielonastraße 9 und der „Deutsche Schulverein“ in Wien haben sich bereits zur Aufgabe gestellt, das was noch zu retten ist, zu retten. Es wäre daher Pflicht, durch Vermittlung dieser Vereine den Deutschen in Galizien zu helfen, damit die einst blühenden deutschen Dörfer wieder aus dem Ruin neu erblühen können. Die einflußreichen deutschen Männer aber erjuchen wir, es den Polen und besonders dem polnischen Klerus nahelegen zu wollen, daß sie ihr frebles Polonisierungs- und Zerstörungswerk in den deutschen Dörfern Galiziens einstellen.

Spenden zur Erhaltung der deutschkatholischen Schulen und zur Unterstützung und Förderung des katholischen Deutschtums in Galizien werden herzlich erbeten und sind zu richten: An den Bund der christlichen Deutschen in Galizien, in Lemberg, Zielonastraße 9.

Aus Nr. 134 des Deutschen Volksblattes
für Galizien (Lemberg)
vom 10. November 1911:

Münchental.

(Ohne Lehrer und Pfarrer.)

Es ist sonderbar! In Mariahilf bei Kolomea, wo eine gute deutsche Schule besteht, da hat der Landesschulrat nebenbei eine vierklassige polnische Schule mit 4 Lehrkräften für 70 Kinder. In Wola-Oblaschnica erhält der Landesschulrat neben der deutschen Schule eine polnische, die nur von sechs schulpflichtigen Kindern besucht wird. Da sind Lehrkräfte, wenn es sich um polnische Truzschulen gegen deutsche Schulen handelt! Aber in Münchental ist die öffentliche Schule schon Monate lang gesperrt, weil der Lehrer beurlaubt ist und man an dessen Stelle keinen Vertreter angestellt hat. Siebzig Kinder sind hier ohne Schule!

Desgleichen sorgt der Herr Erzbischof wohl für die Polen in Hamburg, dorthin hater nämlich den Pfarrer aus Münchental gegeben, während Münchental noch immer ohne Seelsorger ist. Das sind Zustände, die zum Himmel schreien.

Aus Nr. 255 der Silesia (Teichen)
vom 8. November 1911:

Polnische Jugendbildner in Dziediz-Czechow'z.

Einen Beweis von dem polnisch-nationalen Chauvinismus der in Schlesien eingewanderten Galizianer liefert folgende Geschichte: Am 1. November l. J. abends saß der polnische Lehrer Stanislaus Gara in Gesellschaft zweier Kollegen im Gasthaus des „Hotel Gebauer“ in Dziediz an einem Tisch und belästigte durch verschiedene herausfordernde Bemerkungen über die Nordmark und den Deutschen Schulverein die an den Nebentischen sitzenden deutschen Gäste. Letztere ließen sich jedoch dadurch in keiner Weise provozieren, was die eingangs genannten polnischen Lehrer noch mehr aufreizte. Schließlich nahmen dieselben an einem im

Lokal hängenden, ganz harmlosen Nordmarkplakat „Hier sind Nordmarkanzünder zu haben“ Anstoß und verlangten zunächst vom Kellner die Entfernung des Plakats. Auch ein in diesem Lokal wegen der hier verkehrenden Königl. Preussischen Eisenbahn- und Zollbeamten bereits seit dem Bestande des Gasthauses hängendes Bild der deutschen Kaiserfamilie erregte den Unwillen der Polen dermaßen, daß sie die Entfernung des Bildes mit dem Hinweis verlangten, dasselbe gehöre nicht hierher.. Da der Kellner natürlich dem unsinnigen Verlangen dieser drei Hezer nicht nachkam, wurde der Gastwirt gerufen, der die Entfernung des Plakats und des Kaiserbildes gleichfalls ablehnte. Unmittelbar hierauf sprach Gara die heizerische Drohung aus, er werde seine Czechowitzer polnischen Freunde, Gewerbetreibende und Bauern hierherbringen und durch derlei Demonstrationen das „Hotel Gebauer“ zu einem ausschließlich polnischen Gasthaus machen. Auch die Äußerung wurde gemacht, daß die Bilder schon entfernt werden würden. Die anwesenden deutschen Gäste, die trotz dieser Herausforderungen ganz ruhig blieben und den unverträglichen polnischen Gästen nur erklärten, sie wünschen in Ruhe gelassen zu werden, entfernten sich schließlich und ließen die drei als alleinige Gäste im Lokal zurück. Am nächsten Morgen war das Nordmarkplakat in Fetzen gerissen und das Bild der deutschen Kaiserfamilie war verschwunden. Erst nach langem Suchen wurde das letztere im Resonanzkasten des Klaviers versteckt aufgefunden. Da weder der Kellner noch der Gastwirt dieses Bild entfernt hat, andere Gäste aber das Lokal nicht mehr betraten, so liegt es auf der Hand, wer die Täter waren. Wie man bestimmt weiß, beschäftigt sich bereits die kompetente Behörde mit dieser Angelegenheit und es ist zu hoffen, daß die k. k. Gendarmerie den Schuldigen baldigst ermittelt, damit den zahlreich in Dzieditz wohnenden

Beamten, die sich durch ein solches Vorgehen in ihren patriotischen Gefühlen entschieden verletzt fühlen, eine Genugtuung geboten werde. Auch die deutsche Bevölkerung von Dzieditz Bahnhof, die zu den nahezu ausschließlichen Gästen des „Hotel Gebauer“ zählt, ist über ein solches Benehmen der drei polnischen Eindringlinge auf das tiefste empört und wird wissen, wie sie sich in Zukunft gegenüber solchen Vöbereien zu schützen haben wird. Bedauerlich ist es, daß gerade Lehrer eine solche Unbuddsamkeit an den Tag legen, und man kann sich nach solchen Vorfällen einen Begriff machen, wie erst die Erziehung der ihnen anvertrauten polnischen Schuljugend beschaffen sein wird. Es wäre höchste Zeit, wenn sich endlich der k. k. schlesische Landesschulrat mit den Umtrieben der polnischen Lehrerschaft in Czechowitz etwas näher beschäftigen würde, damit den Hezern gründlich das Handwerk gelegt wird und endlich ein friedliches Einvernehmen der Bevölkerung von Dzieditz-Czechowitz zu stande kommt. Wie verlautet, wird sich auch der militärische Ehrenrat mit dieser Angelegenheit beschäftigen. — Herr Stanislaus Gara ist Reserveoffizier im k. u. k. Infanterieregiment Nr. 56 — um zu untersuchen, ob die geschilderten Vorfälle mit dem Benehmen eines Reserveoffiziers in Einklang gebracht werden können, zumal es sich hier um das Bild der Kaiserfamilie eines mit Österreich verbündeten Staates handelt. Wie ferner hier verlautet, ist Herr Gara bereits zum Abgeordneten P. Londzin nach Wien gefahren, damit letzterer in dieser Angelegenheit interveniere. Wenn auch nicht gleich mit drakonischer Strenge gegen den Lehrer verfahren zu werden braucht, so wäre es doch am Plage, wenn hier ein Exempel statuiert würde, da sonst andere polnisch-national-fanatistische Lehrer glauben könnten, sich ebenfalls alles erlauben zu dürfen.